

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

29. Sitzung vom 31. Jänner 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1.	Entschuldigte Abgeordnete	S. 3
2.	Fragestunde	
	1. Anfrage (FSP - 00231-2014/0001 - KFP/LM)	S. 3
	2. Anfrage (FSP - 00229-2014/0001 - KSP/LM)	S. 6
	3. Anfrage (FSP - 00233-2014/0001 - KU/LM)	S. 8
	4. Anfrage (FSP - 00232-2014/0001 - KVP/LM)	S. 10
3.	AST - 00275-2014/0002 - KFP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Sicherheitschaos in Wien - Wiener Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) reformieren!" Rednerinnen bzw Redner:	
	Abg Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 13
	Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 14
	Abg David Ellensohn	S. 15
	Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 16
	Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 17
	Abg Mag Alexander Neuhuber	S. 18
	Abg Birgit Hebein	S. 19
	Abg Mag Wolfgang Jung	S. 20
	Abg Mag Muna Duzdar	S. 21
4.	Mitteilung des Einlaufs	S. 22
5.	LG - 04701-2013/0001/LAT, P 1: Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987 (Beilage Nr 1/2014) Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 22 S. 22
6.	00102-2014/0001-MDLTG, P 2: Anfrage des LG für Strafsachen Wien betref- fend Abg Petr Baxant, BA Berichterstatterin Abg Kathrin Gaal	S. 22 S. 22

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich eröffne die 29. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind Frau LhptmStin Mag Renate Brauner, Herr Dkfm Dr Aichinger, Abg Florianschütz, Abg Dr Kickert, Abg Kops, Abg Rubik, Abg Dipl-Ing Stiftner, Abg Prof Dr Vitouch, Abg Walter und Abg Woller.

Wir kommen somit zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP – 00231-2014/0001 – KFP/LM) wurde von Frau Abg Mag Dr Barbara Kappel gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (Die Arbeiterkammer fordert in einer aktuellen Petition, dass die Stadt Wien die Mittel aus der Wohnbauförderung und die Rückflüsse aus Wohnbaurdarlehen für den Bau leistbarer Wohnungen zweckwidmet. Dies entspricht einer langjährigen Forderung der Wiener Freiheitlichen. Werden Sie die Wohnbauförderungsmittel sowie die Rückflüsse aus Wohnbaurdarlehen vorbehaltlich einer allfälligen bundesgesetzlichen Regelung zur Zweckwidmung für den Neubau leistbarer Wohnungen in größerem Ausmaß verwenden und damit zusätzlich Mittel für die Wohnbausanierung bereitstellen?)

In ihrer Vertretung wird Herr Amtsf StR Dr Michael Ludwig die Frage beantworten. – Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Abg Kappel! Ich darf auf Ihre Frage folgende Antwort geben: Es geht hierbei um die Wohnbauförderungsmittel und den Einsatz der Wohnbauförderungsmittel in unserer Stadt. Ich möchte da vielleicht ganz kurz zurückblicken in die Vergangenheit, nämlich darauf, wie sich die Verwendung der Wohnbauförderungsmittel in Österreich generell über die Jahre verändert hat.

Im Finanzausgleichsgesetz 2001 wurden der Verwendungszweck der Wohnbauförderungszweckzuschüsse des Bundes auf Infrastrukturmaßnahmen erweitert und die Aufhebung der Zweckbindung der Rückflüsse beschlossen. In der damaligen Fassung war die Zweckwidmung wie folgt festgelegt – ich möchte das kurz zitieren: „Der Bund gewährt den Ländern zum Zwecke der Finanzierung der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung, der Finanzierung von Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Infrastruktur und zur Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen einen Zweckzuschuss in der Höhe von ...“ Das ist im § 1 Abs 1 so festgelegt.

Das Finanzausgleichsgesetz aus dem Jahr 2008 – da hat es eine Novelle gegeben – brachte schließlich folgende Neuerungen im Bereich der Wohnbauförderung mit sich, nämlich: Die Wohnbauförderung wird verstärkt für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt. Das war auch eine Reaktion darauf, dass man festgestellt hat, dass Bauen und Wohnen auch einen sehr hohen Anteil an der Energieverwendung insgesamt auch im internationalen Zusammenhang mit sich bringen; und die Frage war, welchen Beitrag auch der Wohnbau zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten kann.

Ab 2009 wurden sowohl die Wohnbauförderungszweckzuschüsse als auch die Bedarfszuweisung aufkommensneutral in Ertragsanteile der Länder umgerechnet. Der Wohnbauförderungsbetrag, der vormals eine ausschließliche Bundesabgabe war, wurde mit dem Finanzausgleichsgesetz 2008 in eine gemeinschaftliche Bundesabgabe, wobei die Länderanteile dem bisherigen Anteil an der Bedarfszuwendung entsprochen haben, aufkommensneutral umgewandelt.

Das Land beziehungsweise die Stadt Wien ist kein Gegner der Wiedereinführung der Zweckbindung bei der Wohnbauförderung; auch deshalb, weil die Stadt Wien die Wohnbauförderungsmittel auch ausschließlich immer für Wohnzwecke eingesetzt hat. Eine allfällige Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung liegt allerdings nicht in der Macht des Landes beziehungsweise der Stadt Wien, sondern müsste bei Verhandlungen für einen neuen Finanzausgleich zwischen den Finanzausgleichspartnern, also Bund, Länder und Gemeinden, für einen neuen Finanzausgleich vereinbart werden; wobei auch die Verwendbarkeit der Wohnbauförderungsmittel für Infrastrukturmaßnahmen im weiteren Sinne zu berücksichtigen sein werden. Die Ausgleichsverhandlungen werden sicher von Seiten aller Partner, die daran beteiligt sind, mit großem Interesse geführt werden. Es gibt ja jetzt schon Überlegungen in verschiedenste Richtungen, die dann in den Verhandlungen zusammengeführt werden müssen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Vielen Dank für die Beantwortung. Als ich Sie heute am Gang hierher kommen sah, habe ich schon gedacht - die Tagesordnung der Landtagssitzung kennend -, dass Sie die Frage beantworten können. Ich freue mich. Ich habe noch nie eine Frage direkt an Sie gestellt und danke daher für die Antwort.

Sie haben die Themen des Finanzausgleiches ausgeführt. In meiner Extrafrage möchte ich noch einmal darauf eingehen. Jetzt würde ich gerne zusätzlich etwas mit Ihnen diskutieren: Sie kennen sicherlich den Fundamentalpreisindex der Österreichischen Nationalbank, der erst kürzlich wieder veröffentlicht wurde. Dieser Index hat für das 4. Quartal 2013 gezeigt, dass die Preise für Wohnimmobilien in Wien sehr stark angestiegen sind, nämlich um 21 Prozent, während sie in ganz Österreich um 8 Prozent zurückgegangen sind. Über einen größeren Zeitraum, nämlich in einem Zeitraum von 2007 bis 2013, hat dieser Fundamentalpreisindex der Nationalbank aufgezeigt, dass in Wien die Wohnungspreise um 80 Prozent angestiegen sind. Das heißt, es gibt eine Knappheit am Wohnungsmarkt.

Ein zweiter Indikator, der diese Knappheit bestätigt, sind die zirka 33 000 Vormerkungen für den geförderten Wohnbau. Auch die Arbeiterkammer hat das in ihrem Wahlkampf beziehungsweise in ihrer Wahlsituation aufgezeigt und zwar in einer Petition, in der sie zusätzlich 2 000 Wohnungen in Wien gefordert hat, zusätzlich zu

den 6 000 geförderten Wohnungen, die Sie jetzt schon bauen. Wir als Freiheitliche Partei haben bis zu 5 000 Wohnungen im Jahr zusätzlich gefordert, bis die Wohnungsnot behoben ist. Meine Frage nun an Sie: Werden Sie in den kommenden Perioden oder in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel für den geförderten Wohnbau widmen? Und wenn ja, in welcher Höhe?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Natürlich habe auch ich mit großem Interesse diese Studie der Nationalbank gelesen, die aber selbst auch Begründungen anführt, warum die Steigerungen in Wien deutlicher sind als in anderen Bundesländern. Das hängt damit zusammen, dass es zum einen insgesamt in den Städten eine sehr starke Steigerung an Wohnraumbedarf gibt; nicht nur in Wien, sondern auch in den anderen Landeshauptstädten, in Salzburg, in Innsbruck, in Graz, in Linz; in besonderer Art und Weise interessanterweise auch in Eisenstadt, sicher auch auf Grund der Nähe zu Wien. In Eisenstadt gibt es überhaupt die prozentuell größten Steigerungen, was den Bevölkerungszuwachs betrifft.

Das heißt, es ist, wenn man so will, ein Grund, dass die Städte insgesamt an Bevölkerung zunehmen. Für Wien gilt das in besonderer Art und Weise; auch deshalb, und da bin ich beim zweiten Punkt, weil Wien eine besonders attraktive und eine besonders lebenswerte Stadt ist. Das ist Verdienst von uns allen, die hier politisch in der Stadt wirken. Darauf können wir stolz sein. Das ist auch der Grund, warum das Interesse in Wien, eine Wohnung zu mieten oder zu kaufen, im Steigen begriffen ist.

Der dritte Grund ist sicher, dass diese Preissteigerung darin begründet ist – und auch das findet sich in der Nationalbank-Studie –, dass das Preisniveau insgesamt in Wien ein sehr niedriges war, und von daher die Steigerung, wenn man so will, eine geringfügige Anpassung an das, was in anderen europäischen Großstädten schon längere Zeit üblich ist, auch ein Nachholeffekt war. Ein vierter Punkt, der sich ebenfalls in dieser Nationalbankstudie findet, auch als Begründung für diese prozentuell starke Steigerung, ist der Umstand, dass es hier eine außergewöhnlich starke Steigerung im innerstädtischen Bereich, vor allem im 1. Bezirk gibt, die, wenn man so will, den Großteil der Wiener Bevölkerung nicht tangiert.

Ich glaube, es ist für unsere politische Diskussion über die Wohnungskosten in unserer Stadt insgesamt von Relevanz, dass wir uns auch genauer anschauen, wo es in den letzten Jahren die besonderen Preissteigerungen gegeben hat. Diese Preissteigerungen bei der Miethöhe waren nicht im geförderten Bereich. Dort hat es in den letzten zehn Jahren eine Preissteigerung der Mieten gegeben, die in etwa der Inflationsrate entsprechen haben. Die Mietsteigerungen bei den Gemeindefwohnungen waren in den letzten zehn Jahren sogar unter der Inflationsrate.

Wenn man bedenkt, dass 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener in einer geförderten Wohnung leben – also entweder in einer der 220 000 Gemeindefwohnungen oder in einer der 200 000 geförderten Miet- oder

Genossenschaftswohnungen –, dann sieht man, dass diese Preissteigerungen auf ein relativ kleines Segment am Wohnungsmarkt konzentriert sind; und dort vor allem wieder bei den Neuvermietungen. Wir haben in Wien in etwa 50 000 Neuvermietungen pro Jahr, davon etwas mehr als die Hälfte im privaten Wohnhausbereich, also um die 28 000 Neuabschlüsse im Bereich der Mietverträge, die im privaten Wohnhausbereich getroffen werden. Dort beobachten wir in der Tat in den letzten Jahren starke Steigerungen.

Das ist auch der Grund dafür, dass ich als Wiener Wohnbaustadtrat angeregt habe, obwohl es sich dabei um eine bundesgesetzliche Materie handelt, dass wir in Zukunft darauf achten sollten, auf parlamentarischer Ebene den Bundesgesetzgeber aufzufordern, sich mit einer Novelle des Mietrechtsgesetzes auseinanderzusetzen; und insbesondere beispielsweise bei den Richtwertmieten, die in den meisten Fällen auch für den privaten Wohnhausbereich gelten, Maßnahmen zu setzen, dass es zu einer transparenteren Vorgangsweise insbesondere bei den Zuschlägen zur Richtwertmiete kommt. Dass auch im Mietvertrag ausgewiesen werden muss, welche Zuschläge den Richtwert ergänzen, um sicherzustellen, dass die Mieterinnen und Mieter, die Konsumenten schon bei der Unterfertigung des Mietvertrages die Möglichkeit haben, klar zu sehen, wie hoch die Miete in Zukunft sein wird.

Ein weiterer Grund für das starke Steigen der Mieten bei den Neuabschlüssen im privaten Wohnhausbereich ist sicher die deutliche Zunahme der befristeten Mietverträge. Das ist zweifellos ein starker Preistreiber im Bereich der privaten Mieten. Auch dazu gibt es eine ganze Fülle an Vorschlägen, die den Bundesgesetzgeber auffordern, Maßnahmen im Mietrechtsgesetz zu treffen.

Ich möchte aber auch noch auf den zweiten Teil Ihrer Frage kurz eingehen. Sie haben davon gesprochen, dass es im geförderten Bereich 33 000 Vormerkungen gibt. Es gibt dazu unterschiedliche Zahlen, weil es auch aus Datenschutzgründen nicht möglich ist, verschiedene Listen miteinander in Einklang zu bringen. Was ich sicher sagen kann, ist, dass wir bei Wiener Wohnen, also bei den Gemeindefwohnungen eine Vormerkliste haben, die sich in etwa in der Größenordnung von 27 500 Personen bewegt. Ich sage deshalb, in etwa, weil sich das natürlich laufend verändert. Von diesen 27 500 Personen, die vorgemerkt sind, leben aber mehr als 11 000 Personen schon im Gemeindefbau. Das heißt, das sind nicht Personen, die eine Wohnung im Gemeindefbau suchen, sondern die haben schon eine Gemeindefbauwohnung. Die wollen nur eine andere. Die wollen eine größere, eine kleinere Gemeindefwohnung, in einem anderen Bezirk, weil die Kinder dort in die Schule gehen, aus welchen Gründen auch immer.

Das heißt, wenn wir auch diese Vormerklisten heranziehen zur Festlegung, wie viel Wohnraum in Zukunft benötigt wird, müssen wir davon ausgehen, dass es sich dabei auch um einen prozentuell sehr hohen Anteil an Personen handelt, die zwar ihre Wohnsituation verändern wollen, die aber nicht in einem dringenden Wohnbedürfnis leben, sondern eben aus verschiedensten

Gründen, die sehr oft auch in der stärkeren Mobilität, sage ich immer, der zwischenmenschlichen Beziehungen liegen – Scheidungen, Patchworkfamilys, mehr Singlewohnungen – eine andere Wohnung suchen und wir da gerne behilflich sind.

Ungeachtet dessen ist aber unbestritten, dass mehr Wohnraum notwendig ist, und darauf habe ich, wie ich meine, auch mit verschiedenen Maßnahmen reagiert, nicht zuletzt durch die Steigerung der Neubauszahlen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Flicker. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Martin **Flicker** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie haben die Rückflüsse der Wohnbaufördermittel angesprochen. Diese werden zu einem guten Teil auch zum Ausbau der Infrastruktur freigegeben, was wir natürlich sehr begrüßen. Uns wird hier interessieren, ob und wie viele Wohnbaufördermittel allgemeine Budget rückgeführt werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Die Rückflüsse der Wohnbaufördermittel unterliegen sehr starken Schwankungen. Ergänzt werden diese Rückflüsse zum Beispiel auch durch Rückzahlungen von Wohnbaugesellschaften, die frühere Wohnbauförderungen zurückerzahlen. Wir unterstützen das ganz massiv, auch deshalb, weil wir derzeit in einer Situation mit sehr niedrigen Zinsen sind und wir mit diesen Umschichtungen der Wohnbaufördermittel den Wohnbauträgern auch damit entgegenkommen können, dass sie günstigere Kredite abschließen. Somit können wir dazu beitragen, dass die Miethöhen für die dort lebenden Menschen stabil bleiben beziehungsweise in manchen Fällen sogar reduziert werden können. Das heißt, es ist ein wichtiges Gestaltungselement, da als Stadt Einfluss zu nehmen.

Die Rückflüsse der Wohnbaufördermittel unterliegen verschiedenen auch nicht von uns beeinflussbaren Kriterien. Das ist aber für mich als Wohnbaustadtrat gar nicht das Wichtigste. Für mich ist ja das Wichtige: Wieviel Geld bekomme ich von der Finanz, um in den wichtigen Bereichen Neubau und Sanierungen Maßnahmen zu treffen? Und da bin ich sehr froh, dass es jetzt im kommenden Budget gelungen ist, eine Steigerung der Mittel für das Wohnbauressort zu verhandeln. Im Jahr 2013 haben wir für den Bereich des Wohnbauressorts 619 Millionen EUR zur Verfügung gehabt, davon alleine 280 Millionen EUR, die ausschließlich für den Neubau reserviert waren. Im heurigen Jahr, also im Jahr 2014, werden das 689 Millionen EUR sein, und es sind über 300 Millionen EUR reserviert für den Neubau.

Das heißt, das Wichtige für mich als Wohnbaulandesrat und Wohnbaustadtrat ist nicht so sehr die Frage, wie viele Rückflüsse zurückkommen, sondern für mich ist wichtig, wie aus diesen Rückflüssen, aber auch aus anderen Teilen des Budgets der Stadt Wien ein Wohnbaubudget zustande kommt, das gewährleistet, dass wir nicht nur die laufende Tätigkeit abdecken können, sondern auf hohem Niveau zusätzliche Neubauten errichten können. Und das ist uns in den letzten Jahren gelungen.

Das sieht man deutlich nicht nur an der Anzahl der Zusicherungen, sondern auch an der Anzahl der übergebenen Wohnungen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. – Bitte.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Stadtrat!

Im März vergangenen Jahres gab es auf Ebene des Nationalrats eine Debatte, bei der sich damals alle im Nationalrat vertretenen Fraktionen mit ihren Wohnbausprechern oder Finanzsprechern für eine Einführung der Zweckwidmung ausgesprochen haben. Sie selbst haben richtig gesagt, dass dies eine bundesgesetzliche Materie ist. Mit unterschiedlichen Argumenten haben sich alle dafür ausgesprochen, weil man gesagt hat: Es gibt ein Wohnbauproblem in Österreich. Wir wollen dem bestmöglich entgegenkommen, aber wir wollen auch dem entgegenwirken, dass Wohnbaufördermittel oder Rückflüsse aus Wohnbaudarlehen verspekuliert werden, so wie wir es beispielsweise in Niederösterreich im vergangenen Jahr gesehen haben.

Meine Frage nun an Sie: Werden Sie auf die Frau Finanzstadträtin einwirken, dass Sie sich im Rahmen der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen dafür einsetzt, dass die Zweckwidmung durch den Bundesgesetzgeber wieder eingeführt wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Die Zweckbindung wird von uns ja prinzipiell unterstützt. Für uns in Wien ist es deshalb auch in der Vergangenheit nie so ein Thema gewesen, weil wir immer mehr Geld für den Wohnbau ausgegeben haben, als wir in den vergangenen Jahren aus den Verhandlungen des Finanzausgleiches als Wohnbaufördermittel zugestanden bekommen haben. Wir haben auch vor der Umwandlung beispielsweise im Finanzausgleichsgesetz 2008, 2009 ein Gesamtbudget von etwa 450 Millionen EUR aus den Finanzausgleich für Wohnbau zugestanden bekommen, haben aber in der Stadt Wien immer ein Budget in der Größenordnung früher unter 600 Millionen EUR, jetzt über 600 Millionen EUR gehabt. Die Zahlen für das heurige Jahr habe ich schon genannt. Die liegen mit 689 Millionen EUR deutlich darüber.

Das heißt, wir haben in Wien für Neubau, Sanierung und für die allgemeine Wohnbauhilfe immer mehr Geld ausgegeben, als wir eigentlich hätten ausgeben müssen. Das war in Summe gesehen auch ein sehr gutes Mischsystem, das gewährleistet hat, dass wir auf der einen Seite in der Objektförderung und zielgenau auch mit der Subjektförderung, wo es notwendig war, ein System erstellen konnten, mit dem wir allen Menschen in unserer Stadt leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen können.

Der Unterschied zwischen Wien und anderen Bundesländern – ohne dass ich mich da zu sehr jetzt in die Bereiche anderer Bundesländer begeben möchte, jeder ist für seinen Wirkungsbereich verantwortlich –, ist der Umstand, dass wir immer großen Wert darauf gelegt haben, dass es auch einen Kreislauf der Mittel gibt. Der ist in manchen Bundesländern dadurch unterbrochen

worden, wie Sie richtig sagen, dass die Rückflüsse zum Teil verkauft oder verpfändet worden sind. Dadurch fehlen natürlich Mittel in Zukunft auch für den Wohnbau.

Das haben wir in Wien nie gemacht. Auch deshalb, weil Wohnbau in Wien immer – und das ist eine historische Tradition, über viele Jahrzehnte – einen großen Stellenwert gehabt hat. Daher befinden wir uns auch nicht in so einer schwierigen Situation wie andere europäische Großstädte. Ich denke, dass wir gut beraten sind, in unserer Neubauentwicklung, ohne große Hysterie oder übertriebenen Ehrgeiz, Zacken in der Entwicklungskurve zu verursachen, sondern eine langsame und kontinuierliche Entwicklung der Neubauleistung anzustreben und das auch finanziell zu unterfüttern. Da bin ich auch mit der Finanzstadträtin beziehungsweise Finanzlandesrätin Brauner in enger Verbindung, um die Mittel schrittweise den Erfordernissen anzupassen.

Das ist wichtig, denn wenn wir jetzt sehr schnell mit einer Neubauleistung deutlich erhöhen würden, würde das bedeuten, dass es in unserer Stadt zu einer Überhitzung des Baumarktes und damit zu einer Steigerung der Preise kommt, die wir und damit auch der Steuerzahler zu bezahlen haben. Das würde zu Arbeitsplätzen führen, die nur über eine geringfügige Zeit gesichert sind. Mein Ehrgeiz ist es, eine kontinuierliche Entwicklung zu verantworten und in Abstimmung mit allen – mit den Sozialpartnern in unserer Stadt, mit der Bauinnung, den Baufirmen, den Bauträgern, mit jenen, die für Arbeitsplätze im besonderen Ausmaß zuständig sind, eine sichere, stabile Situation zu gewährleisten.

Auch in dieser Hinsicht unterscheiden wir uns in Wien ganz deutlich von europäischen Großstädten, und diesen erfolgreichen Weg sollten wir auch in Zukunft weiter beschreiten. *(Beifall bei der SPÖ und von Abg David Ellensohn.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat!

Die 2. Anfrage (FSP – 00229-2014/0001 – KSP/LM) wurde von Frau Abg Barbara Teiber gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(In Wien gibt es für Eltern behinderter Kinder die Wahlfreiheit hinsichtlich der Beschulung in Integrationsklassen einer Regelschule oder den Besuch einer sonderpädagogischen Schule. Bereits 1989 wurde zur besseren Entscheidungsfindung die Integrationsberatungsstelle des Stadtschulrates für Wien eingerichtet. Die Beschulungsformen wurden in den letzten Jahren laufend erweitert und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Inklusion verbessert. Welches Angebot stellt Wien derzeit im sonderpädagogischen Bereich zur Verfügung?)*

Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Sie fragen mich nach den Angeboten in der Wiener Bildungslandschaft im Bereich der Sonderpädagogik. Ich darf Ihnen dazu folgende Informationen gerne geben: Es ist in Wien, denke ich, eine sehr gute und wichtige Tradition und Voraussetzung, dass jedes Wiener Kind, das besondere Bedürfnisse, besonderen Unterstützungsbedarf hat, umsichtig im Wiener Schulsystem unter Ausnüt-

zung aller Ressourcen unterrichtet wird.

Manchmal ist diese zusätzliche pädagogische Unterrichtsbetreuung an die Vergabe eines sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarfs geknüpft, etwa im Falle der Beurteilung nach einem anderen Lehrplan, sei es der Sonderschullehrplan, der Lehrplan für körper- und sinnesbehinderte Kinder, manchmal aber auch, wie zum Beispiel im Fall von sozial-emotionalen Benachteiligungen eben auch nicht.

Für besonders schwierige Fälle werden auch immer wieder Sonderlösungen gesucht, die, wenn notwendig, einen ganz besonderen Aufwand darstellen, zum Beispiel unsere basalen Förderklassen für schwerstbehinderte Kinder, temporäre Einzelbetreuungen, Förderklassen, ein Mentorensystem, aber auch zum Beispiel Projektklassen für Kinder mit Autismus.

6 516 Kinder und Jugendliche haben im Schuljahr 2013/14 einen mit Bescheid festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf. Die häufigsten Behinderungsarten sind Lernbehinderungen, Sprachbehinderung, geistige Behinderung, Körperbehinderungen oder auch Autismusspektrumsstörungen. Konkret beträgt der Aufwand für den sonderpädagogischen Bereich und die präventiven Fördermaßnahmen, die natürlich auch besonders wichtig sind in der Stadt, 1 950 Planstellen. Mit diesen Zahlen, denke ich, ist sehr deutlich und klar, dass selbstverständlich Kindern mit Bedürfnissen mehr Aufwendungen, mehr Zeit, mehr Lehrstunden gegeben werden können, als dem Durchschnittsschüler entspricht.

Unter präventiven Fördermaßnahmen, die ich vorher schon angesprochen habe, sind zum Beispiel die Leistungen von 150 Sprachheillehrerinnen und -lehrern zu sehen, die in allen Wiener Volksschulen bei Bedarf tätig sind und in den ersten Schuljahren äußerst wichtige Hilfestellungen leisten, um Sprechbarrieren zu beseitigen.

In Wien gibt es darüber hinaus ja seit 1986 Integrationsklassen. Im heurigen Schuljahr haben wir ein vielfältig ausgebautes, inklusiv orientiertes Schulsystem in der Stadt, das sich so vielfältig wie die Bedürfnisse der Kinder präsentiert. Im laufenden Schuljahr gibt es 671 Integrationsklassen, in denen gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder umgesetzt wird. Jeder dieser Integrationsklassen ist ein Sonderpädagoge mit voller Lehrverpflichtung zugeteilt. Integrationsklassen gibt es an Volksschulen, Neuen Mittelschulen, Wiener Mittelschulen, an den AHS, in Polytechnischen Schulen, in Fachmittelschulen und jeweils eine an einer einjährigen und dreijährigen Wirtschaftsfachschule.

Durch die erst in den letzten Jahren neu geschaffene Form der inklusiven Einzelintegration ist es nicht mehr notwendig, die auf sehr hohem Niveau, und seit zirka 2002 konstant befindliche Zahl der Integrationsklassen noch weiter auszubauen. Die Angebote zur Förderung von Kindern mit SPF, also sonderpädagogischem Förderbedarf, sind so vielfältig wie die Bedürfnisse der Kinder selbst auch in diesem Bereich.

Wenn die Zusatzförderung nur im geringen Ausmaß notwendig ist, zum Beispiel weil nur in einem Gegenstand ein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht,

kann ein Schüler in der Volksschule im Klassenverband verbleiben. Die zusätzliche Förderung erfolgt stundenweise durch eine zusätzliche Lehrkraft in Form von Stütz- oder auch FörderlehrerInnen.

Ist ein Kinder körper- oder sinnesbehindert und erfüllt die Anforderungen des Regellehrplanes, kann es ebenfalls in Einzelintegration im Klassenverband verbleiben, wenn temporäre Zusatzunterstützung für den Schüler durch eine ambulante Lehrkraft, die Experte für den entsprechende Behinderungsart ist, ausreicht. Diese ambulanten LehrerInnen sind Experten für Sprachheilpädagogik, für körper-, seh- oder auch hörbehinderte Kinder.

Gut ausgebaut und ganz wesentlich für den Bereich der Inklusion beziehungsweise des integrativen Modells ist auch das System der ambulanten Lehrer, die wir in Wien anbieten, die mit Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Benachteiligungen oder auch Verhaltensauffälligkeiten arbeiten. Durch den Einsatz dieser Lehrer gelingt es uns, besonders auffällige und problematische Kinder und Jugendliche in einer Weise zu unterstützen, dass sie ebenfalls in ihrem Klassenverband beschult werden können. Derzeit werden zirka 7 300 SchülerInnen betreut.

Wenn in besonders schwierigen Fällen diese Maßnahme nicht greift, gibt es auch ein temporäres inklusives Kleingruppenmodell im Rahmen einer Förderklasse. Das Ziel ist in diesem Bereich die Reintegration, und nach längstens zwei Jahren ist die entsprechende Rückkehr und Wiederaufnahme in den Klassenverband geplant. In diesem Modell werden aktuell rund 400 Kinder betreut.

Der geeignete, von Eltern gewählte Rahmen zur Beschulung kann für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch ein sonderpädagogisches Zentrum sein. Ein sonderpädagogisches Zentrum ist die Weiterentwicklung der ehemaligen Sonderschule, aber natürlich unter den aktuell bestehenden pädagogischen Standards. Im Gegensatz zur Sonderschule ist es definitiv Auftrag des sonderpädagogischen Zentrums, die Bedürfnisse aller Kinder unter dem Aspekt der Inklusion und Integration zu prüfen. Daher ist jedes sonderpädagogische Zentrum für eine Vielzahl an Integrationsklassen und Formen der Einzelintegration zuständig.

In Wien gibt es sonderpädagogische Zentren in verschiedenen Sparten, denen aber allen gemeinsam ist, dass sie keine Bildungssackgasse darstellen. Sie sollen keine Bildungssackgasse darstellen, und sie tun das auch nicht. Jobcoaching, Hauptschulabschlussklassen, Berufsvorbereitungsjahre, Berufsvorbereitungslehrgänge und noch vieles mehr garantieren die Anschlussfähigkeit, und die ist ja zentral in diesem Bereich für die weiteren Bildungsschritte.

Besonders wichtig ist, dass auch an sonderpädagogischen Zentren Integrationsklassen geführt werden, nämlich im Rahmen der sogenannten umgekehrten Integration: nichtbehinderte Kinder besuchen durchaus auch am Standort eines sonderpädagogischen Zentrums eine Klasse, vor allem im Bereich der Schulen für sinnes- und körperbehinderte Kinder.

Basale Förderklassen, die für massiv pflegeabhängige SchülerInnen eingerichtet wurden, ergänzen dieses schulische Angebot und diese schulische Angebotspalette für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Spezielle Klassen, manchmal auch nur mit temporärem Charakter wie zum Beispiel die Förderklassen oder Nestklassen, werden in Ergänzung am Standort des sonderpädagogischen Zentrums geführt, zum Beispiel auch Sonderschulklassen, Expositurklassen als Regel-Volks- und Mittelschulen.

Sie sehen, das Angebot in diesem Bereich in der Stadt ist ein sehr, sehr vielfältiges. Wir sind sehr stolz darauf. Ich denke, wir sind zu Recht stolz, denn gerade der intensive Personaleinsatz in diesem Bereich von fast 2 000 Lehrkräften zeigt, wie wichtig uns dieser Bereich ist und wie das Wiener Bildungssystem auch in der Lage ist, immer wieder an aktuelle Bedürfnisse anzuknüpfen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat! Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Anger-Koch. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Landesrat!

Sie haben gerade gesagt, dass seit 2002 der Bedarf eben konstant ist. Wir haben aber schon im Jahr 2009 eine Anfrage gemacht. Und zwar geht es da um den flächendeckenden Aufbau von Integrationsplätzen für Kinder. Sie haben auch in Ihrer Anfragebeantwortung damals, 2009, angemerkt, dass der Bedarf gerade an Inklusionsplätzen in Wien ständig steigt.

Jetzt meine Frage: Wir wissen nach wie vor, dass es derzeit erhebliche Probleme gerade bei der Anmeldung von behinderten Kindern für Inklusionsplätze gibt. Was wollen Sie tun, damit sich die Magistratsabteilungen da besser vernetzen? Und: Welches Prozedere wollen Sie anstreben, um das zu verbessern?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat!

Amts StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, dass, wie ich auszuführen versucht habe, gerade im Bereich der inklusiven Einzelintegration tatsächlich die entsprechende Zukunft liegt. Es ist mir ganz besonders wichtig, dass durch ein intensives Beratungs- und Betreuungsangebot der Eltern und durch die entsprechenden Fördermaßnahmen für die Kinder gemeinsam mit den Eltern, aber auch gemeinsam mit den Kindern das beste Fördermodell gefunden wird.

Ich bekenne mich immer wieder zu dieser Wahlfreiheit der Eltern im Rahmen der entsprechenden Beratungsmöglichkeiten und denke, dass eben dieses Mischsystem der inklusiven Einzelintegration, der Integrationsklassen, der Angebotspalette in den sonderpädagogischen Zentren – ich will sie nicht wieder ausführen –, eben in diesem Mischsystem tatsächlich die Zukunft liegt.

Ich habe die Zahl aus dem Jahr 2009 jetzt nicht im Kopf. Natürlich gibt es im Bereich der Integrationsklassen immer wieder Unterschiede oder Schwankungsbreiten, aber wenn man sich's über den Zeithorizont eben seit 2002 ansieht, kann man sagen: Grosso modo ist es ein ziemlich konstanter Wert, weil eben zusätzliche Angebote geschaffen werden. Ich denke, gerade das ist

das Besondere am Bildungssystem in Wien, dass eben individuell und mit großer Flexibilität auf veränderte Anforderungen reagiert wird, im Gegensatz zu starren Systemen, wie wir sie aus anderen Ländern kennen. Ich glaube, diese Flexibilität ist durchaus etwas, das das Wiener Bildungssystem tatsächlich auszeichnet.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Ich danke Ihnen für die ausführliche Beantwortung, die sehr deutlich zeigt, dass Wien da ein sehr, sehr vielfältiges Angebot hat. Meine Frage betrifft Südtirol. Dort ist die inklusive Bildung schon Alltag. Da gibt es kein sogenanntes Aussortieren von Kindern und Jugendlichen, sondern da gibt es wirklich inklusive Bildung. Ist das Ihrer Meinung nach ein Weg, den wir auch hier in Wien verfolgen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, dass jedes Bildungssystem natürlich Bereiche hat, wo man voneinander lernen kann. Das ist selbstverständlich auch im Bereich des Südtiroler Bildungssystems möglich, vor allem im Bereich der gemeinsamen Schule für mich ganz maßgeblich. Wir sind da, und ich bin da auch persönlich, mit der Amtskollegin immer wieder im direkten Austausch im Bereich Südtirols.

Natürlich hat dieses Modell im Rahmen der Inklusion einen sehr großen Stellenwert, und gerade die Inklusion hat einen wichtigen Stellenwert. Man soll sich nur nicht täuschen lassen: Auch dieses Modell hat seine Schwächen. Ich habe ja gerade versucht anzuführen, dass es für uns wesentlich ist, Kindern mit bestimmten Unterstützungsmaßnahmen das entsprechende Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen. Nun kann man sich vorstellen, dass ein inklusives Modell in Südtirol, und zwar in der Fläche, diese Qualität letztendlich nicht unmittelbar sicherstellen kann. Das ist der Schwachpunkt dabei. Der gute Punkt dabei ist trotz alledem, dass selbstverständlich Inklusion wirklich in den Alltag übergeführt wurde.

Ich sehe das eben sehr aus der Perspektive des Kindes und des unmittelbaren Förderbedarfs jenes Kindes, das eben Unterstützungs- und Förderbedarf hat. Und da ist es für mich ganz wesentlich, dass natürlich im Bereich der Hörbehinderung, im Bereich von Sinnesbehinderung, im Bereich von Autismus das entsprechende Lehrpersonal diesem Kind auch zur Verfügung steht. Und das kann man sich vorstellen. Da ist kein Bildungssystem schlechter oder besser. Natürlich schafft es kein Bildungssystem flächendeckend, dass in jeder Schule tatsächlich für ein Kind mit einem speziellen Förderplan auch das entsprechende Lehrpersonal da ist. Das ist sicher die Schwäche.

Insofern glaube ich, ist es wesentlich, gemeinsam mit den Eltern, und zwar auch vom Blickpunkt des Kindes aus, zu analysieren, was der Förderbedarf ist, und dann gemeinsam zu einem entsprechenden Fördermodell zu kommen. Ob das die Integrationsklasse ist, ob es die

inklusive Einzelintegration ist, ob es das sonderpädagogische Zentrum ist, sollen maßgeblich auch die Eltern entscheiden können. Zu dieser Wahlfreiheit bekenne ich mich.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Seidl. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat! Herzlichen Dank für die Beantwortung.

Alles, was Sie jetzt gesagt haben, mag für den schulischen Bereich stimmen. Aber Sie sind ja auch zuständig für Kindergärten und für Horte; und Sie wissen ganz genau, dass behinderte Kinder beziehungsweise deren Eltern, wenn sie einen Hortplatz suchen, teilweise unglaubliche Probleme in der Stadt Wien haben. Sie wissen, wenn behinderte Kinder ab dem Alter von zwölf Jahren einen Hortplatz suchen, gibt es unglaubliche Probleme. Gibt es da von ihrer Seite Lösungsansätze, um den Eltern diese Schwierigkeit zu nehmen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir arbeiten gerade in diesem Bereich mit privaten Vereinen und Institutionen zusammen, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass – und das betrifft ja durchaus einen größeren Bereich, nämlich in ganz Österreich – die entsprechende Expertise im Bereich der SonderpädagogInnen ganz wesentlich ist. Wir versuchen intensiv, für diesen Bereich die entsprechenden Qualifikationen zu schaffen, aber auch entsprechende Personen mit den entsprechenden Qualifikationen zu bieten. Deshalb schenken wir in diesem Bereich gerade unserer BAKIP ein besonderes Augenmerk, um letztendlich die entsprechenden Kapazitäten sicherstellen zu können.

Aber ich gebe Ihnen durchaus recht: Es ist ein Bereich, der immer wieder ein herausfordernder ist. Erfreulicherweise haben wir mit der Caritas und mit verschiedensten Institutionen eine entsprechende Partnerschaft, sodass es uns immer wieder gelingt, das entsprechende Platzangebot sicherzustellen. Aber es ist immer wieder eine Herausforderung, denn es ist leider eine Zahl – das muss man ganz offen sagen –, die immer wieder steigend ist. Wir haben da auch die ersten Ausbaumaßnahmen im Bereich der Ferienbetreuung im vergangenen Jahr intensiver begonnen, und das wird auch ein Schwerpunkt in der Zukunft sein.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur 3. Anfrage. (FSP – 00233/2014/0001 – KU/LM) Sie wird vom Herrn Abg Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. (*Der Start des Wiener Landesverwaltungsgerichtes am 1. Jänner 2014 stand unter keinem guten Stern. Obwohl es im Zuge der Debatte über die Errichtung des Wiener Landesverwaltungsgerichtes massive rechtliche Bedenken betreffend die Verfassungskonformität der inneren Organisation des Gerichtes gegeben hatte, beschloss die rot-grüne Mehrheit jene Regierungsvorlage, welche der Verfassungsgerichtshof nunmehr in wesentlichen Teilen aufgehoben hat. Das Landesverwaltungsgericht als Fall für den Verfassungs-*

gerichtshof, so hat man sich den Beginn einer neuen Ära im Wiener Rechtsschutzsystem wohl nicht vorgestellt. Da die Regelungen über die Geschäftsverteilung ein essentielles Merkmal für die Unabhängigkeit eines Gerichtes sind, besteht ein dringendes Interesse daran, das Wiener Landesverwaltungsgericht mit einer verfassungskonformen Organisation zu versehen. Wann werden Sie dem Wiener Landtag eine entsprechende Regierungsvorlage zur Beschlussfassung zukommen lassen?)

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Festzuhalten ist, dass entgegen Ihren Ausführungen der Verfassungsgerichtshof lediglich zwei zusammenhängende Bestimmungen des Gesetzes über das Verwaltungsgericht Wien, die den Geschäftsverteilungsausschuss betreffen, aufgehoben hat. In allen übrigen Punkten der erfolgten Anfechtung wurde das Gesetz vom Verfassungsgerichtshof nicht beanstandet. Gleichzeitig hat der Verfassungsgerichtshof dem Landesgesetzgeber ermöglicht, die Bestimmung betreffend die Anzahl der gewählten Mitglieder im Geschäftsverteilungsausschuss an seine Rechtsauffassung bis zum 31. Dezember dieses Jahres anzupassen.

Das bedeutet aber auch, dass die vom Verwaltungsgericht Wien beschlossene Geschäftsverteilung für das laufende Jahr Gültigkeit hat. Der Tätigkeit des Gerichtes steht somit nichts im Wege. Die erforderliche geringfügige Adaptierung des Gesetzes über das Verwaltungsgericht Wien wird sobald als möglich dem Landtag, möglicherweise schon in seiner nächsten Sitzung im März 2014, zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Aigner. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Ich danke für die Beantwortung der Frage, erlaube mir aber den Hinweis darauf, dass die Bestimmungen über die Geschäftsverteilung mehr oder weniger eines der Herzstücke einer Gerichtsorganisation sind; denn wenn es keine Geschäftsverteilung gibt, kann man auch die richterliche Unabhängigkeit nach innen gegenüber der Justizverwaltung auch entsprechend nicht wahrnehmen.

Wir haben ja auch oft hier Debatten über Vergangenheitsbewältigung. Es gibt auch juristische Vergangenheitsbewältigung. Es ist ja noch nicht so lange her, dass wir die Debatte über das Landesverwaltungsgericht Wien hier in diesem Hohen Haus geführt haben. Ich erinnere daran, dass es bereits im Vorfeld der Gesetzgebung massive Kritik an genau dieser Bestimmung gegeben hat, die in Österreich ja an sich einzigartig ist. Also es hat hier offenkundig die Landesregierung, der Landesgesetzgeber sehr viel intellektuelles Potenzial in die Richtung gelenkt, eine Geschäftsverteilung so zu gestalten, dass die Justizverwaltung, der Präsident, der Vizepräsident in dieser Konstruktion massiven Einfluss nehmen kann.

Jetzt im Nachhinein betrachtet, Herr Landeshaupt-

mann: Hätte man es nicht viel billiger und einfacher haben können, wenn das Wiener Landesverwaltungsgericht genau so organisiert wäre wie der Verwaltungsgerichtshof auf Bundesebene, alle anderen Einrichtungen der Gerichtsorganisation, wo es ja Beispiele gibt, dass die Richter die Geschäftsverteilung unter sich in völliger Unabhängigkeit ausüben können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich verhehle nicht, der Abend ist immer gescheiter als der Morgen. Ich bin kein Spezialist für Details von solchen Rechtsfragen, aber ich bin Spezialist für das Anerkennen von Verfassungsgerichtshofurteilen - im Gegensatz zu anderen. Wir nehmen dieses Urteil zur Kenntnis und werden es umsetzen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich darf Ihnen mitteilen, dass das Landesverwaltungsgericht Wien sich schlecht behandelt fühlt. Es fühlt sich als ungeliebtes Kind. Ich kann das auch dokumentieren, nämlich durch Schreiben des Dienststellenausschusses und durch Schreiben der Verwaltungsrichtervereinigung.

Nun kann so ein Empfinden auf größere Ursachen zurückgehen wie zum Beispiel Defizite bei der Regelung der Geschäftsverteilung oder auf ein großes Defizit, dass Dienstposten nach wie vor unbesetzt sind. Da warnt der Dienststellenausschuss davor, dass es zum Eintritt von Säumnis und Verjährungen kommen wird, weil es ganz einfach an den Schreibkräften fehlt. Das Verwaltungspersonal ist schon sehr ausgedünnt worden. Aber nicht einmal dort, wo es die Dienstposten gibt, werden die mit ausreichend Schreibkräften besetzt.

Dann gibt es auch noch so kleine Details, die zu Unwohlsein führen. Da gibt es jetzt eine neue, große Behörde – kein neues Haus, aber eine neue Behörde. Da sollte man sich doch denken, na ja, da sollte es doch wenigstens ein anständiges Entree und ein entsprechendes Schild geben. Und dazu schreibt die Verwaltungsrichtervereinigung doch:

„Der Eingangsbereich des Amtshauses wurde mit viel Aufwand neu dekoriert und ein neues Emblem wurde angebracht. Allerdings nicht für das neue Verwaltungsgericht, sondern für jene Magistratsabteilung, die das Amtshaus verwaltet. Für das Verwaltungsgericht Wien begnügte man sich mit einem Schriftzug in Klebefolie, der an kaum sichtbarer Stelle am Eingang angebracht wurde. Diese Vorgangsweise kann durchaus als aussagekräftige Symbolik für das Verhältnis des Landes Wien zu ‚seinem‘ Verwaltungsgericht verstanden werden.“

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wie gedenken Sie, diese Defizite zu beheben?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Also, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Offensichtlich werfen Dienststellenausschuss-Wahlen auch im Verwaltungsgericht ihre Schatten voraus, so wie überall sonst auch. Damit wird man leben müssen. Offensichtlich ist eine Aufgabe - wie das diese erste Stellungnahme, die hier seitens eines Dienststellenausschusses ergeht -, das Beklagen von zu wenig Posten. Aber Sie dürfen mir glauben, das ist mein Alltag. Das habe ich in nahezu allen Dienststellen so, und verdichtet sich natürlich vor Personalvertretungswahlen.

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit die Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes eingeladen, ein Glas Wein zu trinken und ein bisschen zu plaudern. Es war sehr gut besucht, auch von den Präsidenten und Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Verwaltungsgerichtshofes, OGH. Es war also eine sehr gut besuchte Veranstaltung, bei der auch die neuen Kolleginnen und Kollegen, die ja zum überwiegenden Teil nicht so neu sind, weil sie aus dem UVS kommen, eingeladen waren. Kein Einziger, auch nicht der Dienststellenausschuss-Vorsitzende, auch nicht der Vertreter der Richter hat sich in irgendeiner Form bei mir auch nur über irgendetwas beklagt.

Aber wenn Sie mich hier auffordern, die Hausmeisterfunktion wahrzunehmen und mich um die Beschriftung der Dienststelle zu kümmern, so komme ich dem im hohen Respekt auch Ihnen gegenüber gerne nach. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Wir kommen zur 3. Zusatzfrage, gestellt von Abg Mag Kowarik. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landeshauptmann!

Wir sind ja schon am 22. November 2012 hier gestanden, auch im Zuge der mündlichen Anfrage. Da habe ich Sie befasst mit dem Erstentwurf dieses Gesetzes, den das Amt der Wiener Landesregierung in Begutachtung geschickt hat. Ich habe Sie auch damit befasst, dass die Begutachtungsstellungen alle desaströs waren, um es einmal so zu sagen.

Sie haben dann darauf geantwortet, dass es Ihnen nicht so berichtet wurde. Sie haben sich das, nehme ich an, ist auch verständlich, nicht alles selber durchgelesen. Außerdem haben Sie mir dann in der Beantwortung auch mitgeteilt: „Aber Sie können ganz sicher sein, dass ein Gesetz, das hier vorgelegt wird, sowohl den verfassungsrechtlichen als auch den EU-rechtlichen Normen entsprechen wird.“ – Also das ist ein bisschen in die Hose gegangen, um es einmal so zu sagen. Ich würde Ihnen auch empfehlen, bevor ich zu meiner Frage komme, vielleicht bei Ihren Juristen im Haus mehr auf juristische Fähigkeiten zu setzen, womöglich nicht zu sehr auf parteipolitische Vorgaben.

Herr Landeshauptmann, ich frage Sie: Der Herr Kollege hat es schon angeführt. Es wäre eigentlich ganz einfach gewesen, und es ist in Wirklichkeit ein Armutszeugnis, dass wir da nicht dem Bundesgesetzgeber gefolgt sind in den Regelungen, die ja, wie Sie wissen werden, einstimmig im Nationalrat abgesegnet wurden. Daher meine konkrete Frage: Werden Sie sich beim Amt der Wiener Landesregierung dafür einsetzen, dass diesmal konforme Regelungen zur Gesetzesvorlage

gelangen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Also, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Es bleibt natürlich Ihnen überlassen, kollektiv die Juristen des Hauses zu beleidigen. Sie werden das möglicherweise auch entsprechend zu vertreten haben, aber das ist nicht mein unmittelbares Thema. Ich weise nur diese Beleidigungen, dass sie juristisch nicht entsprechend geeignet sind, sondern nur parteipolitisch ausgewählt werden, auf das Entschiedenste zurück. Das ist außer jedem Zweifel. Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass die Juristen des Hauses nach bestem Wissen und Gewissen diesen Entwurf vorgelegt haben. Sie haben sich natürlich auch etwas dabei gedacht und dieses Nachdenken war sicher nicht unvernünftig.

Nun, der Verfassungsgerichtshof hat dazu eine andere Meinung. So etwas ist im Rechtsstaat möglich. Wir werden daher, ohne dass wir herumdiskutieren, wie das andere früher zu anderen Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes gemacht haben, diesem Erkenntnis ohne Wenn und Aber nachkommen. Wir werden diese Zahl ändern, und ich denke, dass damit auch dieses großartige Problem gelöst ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Wir kommen damit zur 4. Anfrage. (*FSP– 00232-2014/0001 – KVP/LM*) Sie wird von Frau Abg Mag Ines Anger-Koch gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (*Das Sportamt ist aktuell, wie die Zeitung „Heute“ am 16. Jänner 2014 berichtete, mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde konfrontiert. Grund der Beschwerde ist die Schließung der Tennisanlage Breitenlee in der Donaustadt. Der Verein, der dort 38 Jahre lang Meisterschaft gespielt hat, wirft der MA 51 vor, dass sie nach der Schließung keine Ersatzanlage zur Verfügung gestellt hätte. Dieses Vorgehen widerspreche klar dem Wiener Sportstättenschutzgesetz. Es ist leider nicht das erste Mal, dass das Wiener Sportstättenschutzgesetz in Wien umgangen wird. Werden Sie sich für eine Verschärfung beziehungsweise Präzisierung der einschlägigen Bestimmungen des Wiener Sportstättenschutzgesetzes einsetzen?*)

Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Ihre Frage bezieht sich auf die Schließung der Tennisanlage Breitenlee in der Donaustadt. Ich möchte dazu einleitend nur festhalten, dass zur Pachtauflösung im Jahr 2012 zwischen dem Tennisclub TC Kagran 1975 und der Grundstückseigentümerin GEWOG seitens der MA 51 - Sportamt auf Grund der fehlenden Möglichkeiten der Einflussnahme keine unmittelbare Stellungnahme abgegeben werden kann.

Es darf jedoch erwähnt werden, dass der Wiener Tennisverband dem Verein Unterstützung bei der Suche nach einer Ersatzsportanlage zugesagt hat. So wurde uns seitens des Wiener Tennisverbands zwischenzeitlich auch berichtet, dass der TC Kagran 1975 auf der Anlage

des TC Aspern in Wien 22, Biberhaufenweg 18 A eine neue Heimstätte gefunden hat, die auch entsprechend in Anspruch genommen wird. Für die angesprochene Liegenschaft wurde seitens der Magistratsabteilung 51 - Sportamt bislang keine Bewilligung zur Auflassung der Sportstätte in Form von fünf Tennisplätzen – und um die geht es, inklusive Garderobenhaus und Kantine – erteilt.

An dieser Stelle möchte ich ein paar grundsätzliche Worte zur Chronologie sagen, die mir die Gelegenheit bieten, den von einer Einzelperson immer wieder kolportierten Sachverhalt ein bisschen konkret darzustellen. Mit Schreiben der MA 51, dem Sportamt, vom 3. September 2009 wurde der damaligen Liegenschaftseigentümerin und Antragstellerin ein Ansuchen um Auflassung der Sportstätte mit dem Hinweis, dass im Falle einer Auflassung eine Ersatzsportstätte zu errichten sei, abschlägig beantwortet.

Da die gesetzte Frist – 30. September 2009 – zur Nennung einer allfälligen Ersatzsportanlage ohne jegliche weitere Reaktion der Antragstellerin verstrich, wurde seitens der MA 51 ein Bescheid nach dem Wiener Sportstättenschutzgesetz erlassen, demzufolge das Auflassungsbegehren zurückgewiesen wurde. In der Bescheidbegründung ist explizit angeführt, dass der Antrag auf Auflassung der oben genannten Sportstätte nicht vollständig eingebracht wurde, eben im Hinblick auf die entsprechende Nennung der Ersatzsportanlage, und mangels Bekanntgabe einer Ersatzsportfläche daher spruchgemäß zu entscheiden war.

Am 9. Oktober 2010 hat in den Räumlichkeiten der MA 51 eine Besprechung zum Thema Auflösung der Sportanlage 22, Stadtbreiten 7 stattgefunden, an der Vertreter der Gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Neues Leben teilgenommen haben, die offensichtlich entsprechenden Kaufinteressenten der Liegenschaft. Es wurde seitens der MA 51 ein weiteres Mal festgestellt, dass der Auflösung der Sportanlage ohne Bereitstellung einer Ersatzsportanlage nicht zugestimmt wird.

Zwischenzeitlich ist ein Eigentümerwechsel eingetreten, da in einer Eigentümerabfrage die GEWOG, Bennoplatz 3, als Liegenschaftsbesitzer geführt wird. Bis zum Ende der Spielsaison 2012 ist die Tennisanlage offenbar dem TC Kagran 1975 als Spielstätte zur Verfügung gestanden. Nun wurde der Verein von der Eigentümerin informiert, dass ab sofort der Spielbetrieb einzustellen ist und das Betreten des Grundstückes untersagt wird.

Wenn ein Sportanlagenbesitzer eine Sportstätte nicht weiter betreibt, hat die MA 51 rechtlich auch keinerlei Möglichkeiten, einen Weiterbetrieb zu erzwingen. Eine Betriebspflicht in diesem Bereich gibt es nicht. Ich weise aber auch darauf hin, dass durchaus im Falle von Sanierungen selbstverständlich eine Unterbrechung des Betriebes immer wieder eintritt und daher eine entsprechende Beurteilung für die MA 51 nicht möglich ist.

In dieser Zeit hat ein Vereinsfunktionär verschiedene Stellen des Wiener Magistrats, politische Organisationen, uns alle, glaube ich, auch die Wiener Volksanwaltschaft, mit unterschiedlichen Meinungsäußerungen und konkreten Anliegen – nämlich dem Auskunftsbegehren, der

Wideraufnahme des Verfahrens nach dem Wiener Sportstättenschutzgesetz – bemüht. Die MA 51 hat daher den Vereinsvorstand am 25. Oktober 2012 zu einem Gespräch eingeladen, um die Situation zu besprechen. Dabei wurde festgehalten, dass das Wiener Sportstättenschutzgesetz für den Tennisverein TC Kagran 75 als Platzbenützer einer privaten Liegenschaft – muss man auch immer wieder dazusagen – in einem Verfahren keinerlei Parteistellung vorsieht.

Selbstverständlich wurden gemeinsam mit dem Vereinsvorstand Überlegungen im Hinblick auf die Benutzung von möglichen Ausweichsportstätten angestellt. In diesem Zusammenhang hat der Verein grundsätzliches Interesse an der Inbestandnahme einer entsprechend gewidmeten Fläche mitgeteilt, vor allem im Bereich des Siedlungsentwicklungsgebietes Aspern Hausfeld.

Die Tennisanlage in 22, Stadtbreiten 7 war bis zum Sommer 2013 in einem weitgehend unveränderten Zustand hinsichtlich der Anlagenkonfiguration und auch entsprechender Raumaufteilung. Am 27. August 2013 wurde von der MA 51 ein Ortsaugenschein an der Adresse durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt war die Liegenschaft mit allen Einrichtungen und Bebauungen geräumt, dies wurde damals auch mittels Fotos festgehalten.

Am selben Tag wurde die Liegenschaftseigentümerin GEWOG schriftlich von dem stattgefundenen Ortsaugenschein informiert und aufgefordert, der MA 51 darüber zu berichten, in welcher Art der Sportplatz umgestaltet wird und für welche Nutzergruppen dieser in Hinblick zur Verfügung stehen wird. Weiters wurde festgehalten, dass im Falle einer Schließung der Sportanlage an dieser Adresse eine Ersatzsportanlage zu errichten ist, so wie in den vergangenen Fällen seit 2009. Ein entsprechender Hinweis auf das Wiener Sportstättenschutzgesetz wurde ebenfalls in unserem Schreiben an die Liegenschaftseigentümerin erwähnt.

Die Liegenschaftseigentümerin hat als Reaktion darauf mit Schreiben vom 5. November 2013 die Auflassung der Sportanlage beantragt und Ersatzmaßnahmen vorgeschlagen. Seitens der MA 51 wurde die Liegenschaftseigentümerin aufgefordert, eine ausführliche und detaillierte Projektbeschreibung zu übermitteln, um das Verfahren gemäß Wiener Sportstättenschutzgesetz durchführen zu können. Nach einer Übermittlung einer detaillierten Projektbeschreibung wird dieses Projekt im Wiener Landessportrat, so, wie es im Gesetz vorgesehen ist, zur Beurteilung vorgelegt werden. Die konkrete Entscheidung des Wiener Landessportrates ist daher abzuwarten und in einer etwaigen Projektgenehmigung zu berücksichtigen.

Ich denke, alleine anhand dieser Chronologie sieht man durchaus, dass es da zwar angestoßen von einer Einzelperson immer wieder entsprechende Begehren gibt, dass aber seitens der MA 51 die entsprechenden gesetzlichen Schritte eingehalten werden. Ich denke daher, dass gerade angesichts dieses Punktes das Wiener Sportstättenschutzgesetz durchaus ein geeigneter Rahmen ist, um sicherzustellen, dass einerseits sportliche Nutzung möglich ist, aber auf der anderen Seite es immer wieder in einzelnen Bereichen Veränderungen

gibt.

Veränderungen einer Stadt sehe ich durchaus immer positiv. Mir ist wichtig: Wenn Sportstätten aufgelassen werden, muss oder soll es entsprechenden Ersatz geben. Ich halte aber nichts davon, sage ich auch ganz offen, hier eine Einengung insofern vorzunehmen, als immer automatisch jeder Verein, jede Initiative oder auch jede Privatperson – wie in diesem Fall, zumal wenn sie unmittelbar betroffen ist von der Liegenschaft, weil sie vielleicht Nachbar oder Ähnliches ist – hier entsprechende Berücksichtigung finden kann; weil das eine dynamische Entwicklung im Sinne des Sportes, aber auch im Sinne der Gesamtstadt einengen würde.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Anger-Koch. – Ich darf darum bitten.

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herzlichen Dank für die Chronologie. Natürlich ist man bestrebt, und es ist auch wichtig, einen Ersatz für Sportstätten zu finden, wenn solche geschlossen werden.

Trotzdem möchte ich aber anmerken, dass die Kommunikation zwischen dem Verein und der MA 51 sehr lange Zeit gedauert hat. Ich möchte gerne wissen, ob in Zukunft die Kommunikation zwischen Vereinen, denen Sportstätten weggenommen werden beziehungsweise anders verwendet werden, schneller werden kann und die Schritte, die man nachher von der MA 51 dann setzen könnte, um Ersatzsportstätten zu finden, mit den Vereinen effizienter und schneller erarbeitet werden können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich möchte noch einmal hinweisen: Der Verein hat bis zum Ende der Spielsaison die Spielstätte im Jahr 2012 gehabt. Am 25. Oktober hat die MA 51 den Verein zu einem Gespräch eingeladen.

Und noch einmal: Wir reden hier von einer privaten Liegenschaft. Es handelt sich nicht um ein Grundstück der Stadt Wien, sondern um ein Grundstück, das auch Ihnen gehören könnte, wo Sie sagen, ja, das ist eine Sportstätte, hier kann ein Tennisverein darauf spielen; aber ich will jetzt etwas anderes machen, und sei es nur, dass ich eine Skater-Bahn für einen anderen Verein auf dieser Sportstätte errichte. Dann ist hier die MA 51 unmittelbar überhaupt nicht Handelnder.

Trotz alledem hat die MA 51 zum Gespräch eingeladen, hat gemeinsam mit dem Wiener Tennisverband versucht, da eine Lösung zu finden. Also ich denke, dass, wenn entsprechende Anliegen an das Sportamt kommen, dieses sich durchaus bemüht, eine Lösung zu finden. Das sieht man gerade an diesem Beispiel. Da ist eine wesentliche Frage, wann man überhaupt informiert wird und wann es eine entsprechende Form gibt.

Jetzt darf ich noch einmal sagen: 2009 hat es begonnen. Man hat gesagt, ist nicht. Dann war drei Jahre eigentlich überhaupt kein unmittelbares Problem am Tapet. Als das Problem „da war“ oder sich der Liegenschaftseigentümer zu einer anderen Nutzung entschlos-

sen hat – ob zu einer sportlichen oder einer anderen, ist jetzt noch nicht klar –, wurde der Verein zu einem Gespräch eingeladen. Da wurde mit dem Wiener Tennisverband eine Lösung gesucht. Laut meiner Information wurde dabei eine Lösung gefunden, die von vielen Mitgliedern des Vereins auch unmittelbar angenommen wird.

Ich bin nämlich natürlich daran interessiert, dass Sportstätten gerade im Bereich des Tennis möglichst effizient genutzt werden. Insofern denke ich, dass die MA 51 alles erforderliche in diesem Bereich getan hat. Das weitere Procedere habe ich in der Anfragebeantwortung ein wenig darzustellen versucht. Jetzt wird man sehen, welches Projekt da vorgeschlagen wird, welches auch realisierbar ist, und vor allem, welches auch im Rahmen des Wiener Sportstättenschutzgesetzes realisierbar ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Wir kommen zur 2. Zusatzfrage. Diese stellt Herr Abg Mag Kasal. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke schön. Einen schönen guten Morgen!

Offensichtlich hat es sehr wohl Informationsdefizite gegeben, sonst hätten sich die ehemaligen Spielerinnen und Spieler und auch der Vorstand des Vereines nicht hilfeschend an Sie gewandt. Aber um das Ganze abzukürzen, meine Frage an Sie: Wo ist vorgesehen, diese Ersatzsportstätte zur Verfügung zu stellen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wie ich zunächst schon ausgeführt habe, liegt dieser Ball eindeutig beim jetzigen Grundstückseigentümer. Wenn er diese auflassen will, hat er dafür zu sorgen, dass eine entsprechende Sportstätte vorgeschlagen wird. Wo das sein wird, kann ich nicht wissen, ich bin nicht der Grundstückseigentümer, und ich glaube, Sie auch nicht.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Anger-Koch. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke. Das geht aber schnell. (*Abg Johann Herzog: Nicht immer!*)

Weil wir ja immer wieder die Thematik und die Diskussionen über Sportstätten in Wien haben, egal, in welchem Zustand sie sind, egal, ob sie wegkommen beziehungsweise ersetzt werden sollen, meine erneute Frage: Ist die Stadt Wien bereit, endlich ein neues oder überhaupt ein Sportstättenkonzept zu erstellen beziehungsweise einen Masterplan zu entwerfen, wie in Zukunft mit allen Sportstätten in Wien umgegangen wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wie Sie ja wissen, haben wir uns im Wiener Landessportrat auf das Procedere geeinigt, dass derzeit gemeinsam von Seiten der MA 51 mit den entsprechenden Fachverbänden die entsprechende Flächennutzung der vielfältigen Sportstätten in der Stadt analysiert wird und gemeinsam auf Basis dieser Erkenntnisse letztendlich auch festgelegt werden wird – und werden muss, meiner Ansicht nach. Das ist ja

in der Stadt immer wieder passiert. Wir erfinden hier nichts Neues, wenn es darum geht, zu sagen, in welchem Bereich Ausbaumaßnahmen möglich sind.

Wir erkennen aber gerade am Ausgangspunkt der heutigen Debatte durchaus, dass es ja eben im Bereich von Sportstätten ungeachtet eines Masterplanes ständig auch Veränderungen gibt und ein Teil der Liegenschaften in dieser Stadt private Grundstücke sind oder Grundstücke im Eigentum des Bundes, wo unmittelbar der Einfluss auch über den Rahmen des Sportstättenschutzgesetzes hinaus nur ein mäßiger ist.

Daher denke ich, ist es auf der einen Seite natürlich immer wieder sinnvoll, in welche Richtung wollen wir im Rahmen der Ausbaumaßnahmen im Bereich der Sportstätten gehen. Gleichzeitig aber muss es auch ein Plan sein, der entsprechende Flexibilität auch möglich macht, und dafür setze ich mich ein. Flexibilität zum Beispiel für entsprechende Sportarten, über die wir heute vielleicht noch gar nicht reden. Ich denke nur an die große Skater-Anlage, die wir in Wien irgendwann einmal errichtet haben. Es entstehen Trendsportarten. Und hier, glaube ich, ist es immer wieder notwendig, ungeachtet natürlich der Zielsetzungen im Bereich der sportlichen Infrastruktur, auf der einen Seite entsprechende Schwerpunkte zu setzen und Flexibilität möglich zu machen, um zusätzliche Angebote in einer Stadt zu finden. Sie wissen genau, allein in den letzten Jahren, seit ich in diesem Bereich amtsführender Stadtrat bin, haben wir uns, glaube ich, von 67 Sportarten auf 72 oder 73 anerkannte Sportarten verständigt, die nicht zuletzt die anerkannten Sportarten in dieser Stadt sind und die seitens der Stadt auch mit den verschiedensten Maßnahmen gefördert werden. Also Sport ist ein dynamischer Bereich. Wir wissen, dass es gerade auch intensive Diskussionen gibt, welche Bereiche jetzt überhaupt Olympische Sportarten sind. Wir bewegen uns sehr stark in diesem Rahmen der Olympischen Sportarten. Also ich bekenne mich und sage Ja zu diesem Procedere, auf das wir uns im Landessportrat verständigt haben, das ist ein wichtiges. Ich sage aber gleichzeitig auch, ich glaube nicht, dass es uns gelingen wird und es sinnvoll wäre, tatsächlich zu einer Konzeption zu kommen, die es nicht möglich macht, entsprechend flexibel auch im Bereich des Angebots von sportlicher Infrastruktur zu reagieren.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Auf die Minute genau nach einer Stunde beenden wir die Fragestunde, da die Fragen erschöpft sind.

Wir kommen nun zur Aktuelle Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Sicherheitschaos in Wien - Wiener Landes-Sicherheitsgesetz - WLSG reformieren!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich darf nun den Erstredner, Herrn Abg Mag Gudenus, ersuchen, die Aktuelle Stunde zu eröffnen und darf der guten Ordnung halber ergänzen, die Redezeit ist mit zehn Minuten begrenzt. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke sehr, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Eine sehr kurze Sitzung heute wahrscheinlich für ein sehr wichtiges Thema. Das Thema Sicherheit haben wir gewählt, weil wir nicht nur in den letzten Wochen, sondern vor allem auch in den letzten Jahren eine Zuspitzung der Lage in Wien bemerken müssen. Wir wissen ganz genau, Sicherheit ist eine Querschnittsmaterie. Man kann das Ganze jetzt nicht nur allein auf das Landes-Sicherheitsgesetz in Wien herunter brechen. Ich werde es trotzdem probieren, das hier im Landtag dabei zu halten. Aber es ist und bleibt eine Querschnittsmaterie, natürlich vor allem mit der Bundesebene verquickt, mit der Kriminalitätsebene. Auch Verkehrssicherheit ist ein Thema. Subjektives Sicherheitsgefühl der Bürger, auch das ist natürlich ein Thema, das nicht nur durch Kriminalität beeinträchtigt wird, sondern auch durch andere Faktoren. Die objektiven Zahlen sprechen ja auch eine ganz, ganz klare Sprache. Wenn man dann den Umgang mit dem Thema Sicherheit, nämlich den Umgang der Regierungspartei sowohl hier in Wien als auch auf Bundesebene, den Umgang der SPÖ mit dem Thema Sicherheit vor allem in den letzten Tagen betrachtet, so bekommt das Ganze ja eine ganz eigene Note.

Aber zuerst ganz kurz zu den Zahlen. Wenn man die Anzahl der Verbrechen auf die Wiener Bevölkerung umlegt, dann wird innerhalb eines Jahres jeder neunte Bürger vom Baby bis zum Greis zum Opfer. Nur jeder dritte Täter wird gefasst, das ist die Aufklärungsquote. Und die Aufklärungsquote zum Beispiel bei Einbruchdiebstählen oder überhaupt bei Eigentumsdelikten ist weitaus geringer. Ich möchte mich jetzt gar nicht so weit ausbreiten, dass davon 40 Prozent keine österreichischen Staatsbürger sind, was die Täter betrifft, obwohl der Ausländeranteil an der Bevölkerung nur bei 25 Prozent liegt.

Ein wichtiges Thema für Wien ist besonders auch, weil eben Wien oder das rot-grüne Wien ja stolz darauf ist, dass die durch die Art 15a-Vereinbarung zugewiesene Asylquote ja übererfüllt wird, die Kriminalitätsrate der Asylwerber in Wien. Da werden jeden Tag neun Wiener Verbrechensopfer von Asylwerbern. Jeden Tag werden hier im rot-grünen Wien neun Wiener Verbrechensopfer von Asylwerbern, und da ist von Vergewaltigung über Raub bis zu Diebstahl alles dabei! Allein in den letzten 5 Jahren waren es Österreich-weit mehr als 40 000 ermittelte tatverdächtige Asylwerber! Wenn man das auf Wien herunterbricht, dann sind das einige zehntausend.

Aber kommen wir zum Thema Bettelei und dann schon zum Kern des Landes-Sicherheitsgesetzes. Das Thema Bettelei hat uns ja in den letzten Jahren schon sehr oft beschäftigt und wir haben, vor allem auf Druck unserer Fraktion, der Freiheitlichen, der Sicherheitspartei in Wien, das Bettelverbot in den letzten Jahren ja verschärfen können, zuerst das Kinderbettelverbot, dann das Verbot des aggressiven und gewerbsmäßigen Bettelns, also ganz wichtige Schritte, die hier erreicht wurden. Das ist gut so.

Aber man merkt mittlerweile, man kommt mit diesen Schritten in Wien einfach nicht aus. Das liegt aber vor allem auch daran, dass zwar die gesetzlichen Grundla-

gen vielleicht ausreichen würden, aber die Exekution dieser gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichend funktioniert und vielleicht verschärft werden muss. Da treten wir Freiheitliche ganz klar für eine Verschärfung des Landes-Sicherheitsgesetzes ein, weil es nicht sein kann, dass vor allem in Wien die Bettelmafia ihr Unwesen treibt und hier im Endeffekt Menschenhandel und eine Versklavung im 21. Jahrhundert stattfinden, dass Kinder versklavt werden, dass mittlerweile Roma- oder Sinti-Väter oder als was auch immer sie sich bezeichnen - sie selber nennen sich ja Zigeuner -, ihre Kinder am Praterstern aussetzen und hier menschenunwürdiges und menschenverachtendes Verhalten an den Tag gelegt wird. Das können wir uns nicht bieten lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat immer öfter den Eindruck, dass hier im Endeffekt dieser Bettelmafia, und es ist eine organisierte Bettelmafia, der rote Teppich ausgerollt wird und hier auch die Augen verschlossen werden, nämlich wenn es darum geht, wirklich einmal eine Fact-finding-Mission zu veranstalten. Ich habe mir das selbst angeschaut. Vor zehn Jahren bin ich mit dem Auto nach Siebenbrünnen gefahren, jetzt nicht nur deswegen. Aber ich habe gesehen, wie die Hintermänner, die Chefs dieser Clans – hausen ist das falsche Wort, weil hausen tun die Bettelkinder und Bettler hier in Wien in Wohnungen zu zwanzig – in großen Villen mit vergoldeten Giebeln leben. Das Geld kommt von den Wienerinnen und Wienern und versklavt werden die Bettler, die hier auf die Straße geschickt werden. Da gibt es einen sehr interessanten Artikel im „National Geographic“, und das ist nicht mein persönlicher Eindruck, wenn Sie mir persönlich nicht glauben, sondern das ist ein ganz aktueller Artikel, eine Reportage aus dem Journal „National Geographic“ vom September des vergangenen Jahres. Da wird ein Nobelstadteil der Roma in einem rumänischen Ort beschrieben, die sich aber selbst Zigeuner nennen. Er berichtet von marmorverkleideten Prunkvillen mit zwölf und mehr Zimmern und Türmchen, vier Stock hohen Palästen und Adelsburgen mit pastellfarbenen Zinnen. Wenn sie nicht mehr gefallen, werden sie abgerissen und neu gebaut. Ein Roma charakterisiert sein Volk so: Wenn wir etwas Schönes sehen, wollen wir etwas noch Schöneres. Und wer zahlt das Ganze? Das sind wir Wiener! Wer wird auf die Straße geschickt und unter menschenunwürdigsten Bedingungen versklavt? Es sind die Bettler und die Kinder, die hier ihr Dasein fristen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist die Konsequenz? Es muss ein absolutes Bettelverbot hier in Wien sowie auch in anderen Bereichen geben *(Beifall bei der FPÖ.)*, weil nur dann ... *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Und da kann man noch so lachen. Auch wenn es der Verfassungsgerichtshof nicht will, muss man Wege finden, es so weit auszudehnen, dass es verfassungskonform ist wie zum Beispiel in Graz. Schauen Sie nach Graz, nehmen Sie sich ein Beispiel an Graz! Dort hat man es so gehandhabt, dass man das Betteln im Prinzip verbietet und es nur an einzelnen kleinen Stellen und Örtlichkeiten erlaubt ist. Das ist verfassungskonform. Die Örtlichkeiten, wo es erlaubt ist, sind die Örtlichkeiten, wo

es am wenigstens attraktiv ist. Solche Maßnahmen erwarte ich auch von einer kreativen Stadtregierung, die wir aber leider mit dieser rot-grünen Stadtregierung in Wien nicht vorfinden. Wir Freiheitliche werden nicht müde werden, auch hier im Sinne der Menschlichkeit nämlich und im Sinne der Verbrechensbekämpfung ein Bettelverbot zu erreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber kommen wir auch kurz zu einem anderen Punkt im Landes-Sicherheitsgesetz, nämlich zum Art 1 1. Abschnitt. Da geht es um Anstand, Anstandsverletzung und Lärmerzeugung. Hier sind Bestimmungen drinnen, die vielleicht auch nachgeschärft werden müssen, wenn man sich die Ereignisse der letzten Woche anschaut, wo randalierende Chaoten hier durch die Straßen gezogen sind, Angst, Schrecken und Lärm erzeugt haben, den Anstand verletzt haben.

Da gibt es Bilder, wo Demonstranten Polizisten anuriniert haben und dergleichen. Da finde ich schon, dass hier die Strafen einfach zu gelinde sind. Es kann nicht sein, dass hier herumröchelnde Horden, egal, woher auch immer, durch die Straßen marschieren, Stiefeltruppen Leute anpöbeln, Körperverletzungen durchführen, Polizeistationen beschädigen, Autos anzünden, und im Endeffekt hier keine gesetzliche Grundlagen oder zu wenige vorhanden sind, diesen Zuständen Herr zu werden. Deswegen beantragen wir in Zukunft bei nächster Möglichkeit hier auch eine Verschärfung, damit die Polizei eine bessere Handhabe hat, hier durchzugreifen. Auch hierfür bietet das Landes-Sicherheitsgesetz eine Grundlage, wenn es verschärft wird. Dafür werden wir Freiheitliche eintreten, weil wir keine randalierenden Horden in Wien brauchen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir brauchen in Wien keine linken Chaoten, die die Straßen unsicher machen, im Endeffekt sich hinter dem Begriff des Antifaschismus verstecken und nichts anderes als selbst faschistoid sind. Das brauchen wir nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur ein Mal zum Wort melden dürfen und die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Ulm gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren!

„Sicherheitschaos in Wien - Wiener Landes-Sicherheitsgesetz reformieren!“ hat die FPÖ heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht. Da darf ich anfangs schon einmal gleich klarstellen: Grundsätzlich gibt es in Wien kein Sicherheitschaos. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.)* Der Applaus von grüner und roter Seite wird weniger werden, wenn ich zum Sicherheitschaos komme, das es tatsächlich am Freitag und am Samstag vergangener Woche gegeben hat. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wir sollten hier alle für mehr Sicherheit eintreten. Ich bezweifle nur, ob wir das mit einer Reform des Wiener Landes-Sicherheitsgesetzes schaffen. Ich glaube auch nicht, dass wir solche Ausschreitungen wie vergangene

Woche verhindern werden, indem das Urinieren im öffentlichen Raum oder das Anspucken von Polizisten oder Passanten schärfer bestraft wird. Man muss dagegen vorgehen, dass mit Brandsätzen gegen Polizisten vorgegangen wird und unbeteiligte Ballgäste attackiert werden. Man muss was dagegen unternehmen, dass Polizeistationen demoliert werden, Polizeiautos und Auslagenscheiben zertrümmert werden. Das ist das wahre Problem, das wir (*Abg Heinz Hufnagl: Die Frau Minister schließt die Polizeistationen, damit sie nicht mehr beschädigt werden können!*) haben. Sollte es zum Schließen von Polizeistationen kommen, sehr geehrter Herr Kollege, dann nur, um mehr Sicherheit in dieser Stadt zu erreichen und um die Polizisten, die wir haben, so sinnvoll wie möglich einzusetzen, denn wir bekommen 1 000 Polizisten mehr. Das Versprechen der Frau Innenministerin wird halten. Wir haben jetzt bereits die Aufnahmen übererfüllt. Ich habe mir die Zahlen kommen lassen. Wir haben bereits jetzt, vom Jahr 2009 bis zum 1. März 2014, 2 524 Polizeischüler und -schülerinnen nur für Wien aufgenommen, und es wird Ende 2015 den versprochenen Nettozuwachs von 1 000 Polizisten in Wien geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber wir müssen uns schon fragen: Was können wir zu mehr Sicherheit in dieser Stadt beitragen und wie reduzieren wir die Gefahr, dass es zu Ausschreitungen kommt, die wir nicht haben wollen? Da muss ich jetzt schon ein ernstes Wort an die Grüne Fraktion richten und an ihr Verhalten im Zusammenhang mit dem Akademikerball. Auf der Seite der Wiener GRÜNEN, das ist Ihre Fraktion, steht: „Dieser Ball ist ein Treffen von Rechtsextremen.“ Und Sie sagen uns nicht, welche einzelnen Rechtsextreme dort auftreten und freundlich empfangen werden, sondern Sie nehmen eine pauschale Verurteilung vor (*Aufregung bei Abg Birgit Hebein.*), eine Pauschalverurteilung des Balls, aller Ballgäste und einer ganzen Partei. Das ist nicht richtig! Das ist einfach nicht in Ordnung, denn das ist eine Missachtung von Menschen und eine Missachtung von Menschen führt zu ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Abgeordneter! Herr Abg Dr Ulm! (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ.*)

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): ... einer Verachtung von Menschen, und das hat dieses Haus nicht nötig!

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Abg Dr Ulm! (*Anhaltender Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Wir alle sind über die Gewaltakte außerhalb der friedlichen Demonstration bestürzt, aber ich bitte Sie, die Rede so zu formulieren, dass ein Konnex zum Wiener Landes-Sicherheitsgesetz hergestellt werden kann. (*Aufregung bei ÖVP und FPÖ.*)

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): Ich spreche zu den Ausschreitungen des Schwarzen Blocks und Sie werden ja nicht im Ernst glauben, ich spreche nur über das Urinieren des Schwarzen Blocks und über das Anspucken des Schwarzen Blocks, aber über die gerichtlichen Straftaten, die dort passieren, da soll man kein Wort verlieren! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Noch dazu dann, wenn es Abgeordnete in diesem Haus gibt, die mit

ihrem Verhalten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass es zu einer strafbaren Handlung kommt, weil mit dem Extremismusvorwurf einfach ein Klima angeheizt wird, in welchem dann manche Demonstranten die moralische Rechtfertigung für Randalere erblicken. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Es geht darum, dass wir die Wahrscheinlichkeit für die Begehung strafbarer Handlungen senken.

Was wir daher brauchen, das ist nicht das, was von den GRÜNEN kommt, nämlich eine undifferenzierte Pauschalverurteilung und eine gefährliche Stimmungsmache und Toleranz gegenüber Gewaltbereitschaft, sondern wir brauchen in diesem Haus Politiker, die sachliche Kritik üben, die verantwortungsvoll mit Worten umgehen und die sich für Recht und Sicherheit in dieser Stadt einsetzen! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Nur zur Aufklärung: Ich verstehe alle Emotionen, aber gestatten Sie auch, dass ich als Vorsitzender, als Präsident darauf zu achten habe, dass die Geschäftsordnung eingehalten wird. (*Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) Da bitte ich auch um Ihre Zustimmung. Und es ist meine Aufgabe, entsprechend auch darauf hinzuweisen. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Ing Udo Guggenbichler: Objektiv! Objektiv, bitte! - Aufregung bei der FPÖ.*)

Nächster Redner ist Herr Abg Ellensohn. Bitte, Herr Abgeordneter! (*Aufregung bei der FPÖ.*)

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wichtig für die Sicherheit in einer Stadt ist natürlich auch die Reputation der entsprechenden Organisationen, die dafür zuständig sind, für Sicherheit zu sorgen. In dem Fall werde ich mich auf die Polizei, auf polizeiähnliche Einrichtungen konzentrieren.

Bei der Polizei, wenn man den ganzen Bogen nimmt, geht es wahrscheinlich von der Zuordnung der Gesamtbevölkerung von Freund und Helfer bis Feind und Hetzer. Da ist in der Beurteilung alles drin. Die Polizei hat auch, das wissen Sie ja selber, große Probleme. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Einzelfälle gehabt, die darauf hinweisen, dass es innerhalb der Polizei viel Arbeit gibt, um die eigene Reputation zu erhöhen, unabhängig davon, dass ich als GRÜNER erstens einmal bei den GRÜNEN wegen der Grundwerte der GRÜNEN bin, und einer davon ist Gewaltfreiheit. Ich hab' das im Parteiprogramm der FPÖ nicht gelesen, dort finde ich zum Beispiel den Begriff nicht. (*Aufregung bei Abg Ing Udo Guggenbichler.*) Aber das ist für mich ein sehr ernst gemeinter Begriff und der gilt natürlich für alle Teile in der Gesellschaft. Das gilt aber auch für die Polizei selber.

Ich mach' jetzt nur zwei kurze Beispiele. Das hängt mit der Sicherheit zusammen, weil dann die Reputation der Polizei gefährdet ist, und das können die vielen Polizisten und Polizistinnen, die die Arbeit seriös verrichten, nicht wollen, dass es einzelne Kollegen gibt, die dann negativ abfärben. Der Fall Bakary J ist allen noch in Erinnerung. Ich sage es nur noch einmal: Vier Polizisten, die im Wesentlichen in der Berichterstattung Folterpolizisten genannt werden, haben ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Herr Präsident! Zum Thema! Die Geschäftsord-*

nung! - Aufregung bei ÖVP und FPÖ.)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Jung und Kollegen! Ich werde darauf achten, dass sich alle Redner (Weitere Aufregung bei der FPÖ.) entsprechend auch an die Geschäftsordnung weitestgehend halten (Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.), wobei ich durchaus akzeptiere, dass hier auch Emotionen vorhanden sind und eingebracht wurden, die auch die eine oder andere ... (Große Aufregung bei der FPÖ.) Aber meine Bitte wäre, dass man sich zumindest in der eigenen Emotion als Redner so weit zurückhält, dass nicht noch eine weitere Eskalation von Emotionen zustande kommt (Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.). Dann haben wir zumindest eine weitestgehende Auslegung der Geschäftsordnung, die ich damit aber nicht präjudizieren möchte, erreicht. (Abg Mag Wolfgang Jung: Ja ja, da sind Sie wirklich am Sand! Das sind Sie wirklich!)

Abg David **Ellensohn** (fortsetzend): Herr Präsident, mein Uhr läuft nicht mit, ich hab' also den Überblick über die Zeit verloren.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Die Zeit meiner Ausführungen werde ich natürlich dazugeben.

Abg David **Ellensohn** (fortsetzend): Bei dem Fall hat es sich darum gehandelt, dass am Ende, auch gerichtlich, auch mit reumütigem Geständnis der vier Beschuldigten, vier als Folterpolizisten überführt wurden, von denen zwei weiterhin Dienst machen. Das trägt nicht gerade zu einem Sicherheitsgefühl bei Menschen bei, die die Polizei auch kritisch beäugen, und das wird man ja wohl dürfen. Zwei davon, ein 43-Jähriger und ein 48-Jähriger, sind damals in Frühpension gegangen, arbeiten nebenher aber immer noch. Das macht natürlich Probleme.

Ein zweites Beispiel, mehr ist in einer Aktuellen Stunde in fünf Minuten nicht möglich: Wenn ein Polizist zu einem Fall auf der Donauinsel gerufen wird und das Ganze dann damit endet, dass diesem Polizisten am Ende Körperverletzung und Missbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen wird, er verurteilt wird und 15 Monate bedingt bekommt, dann ist das kein Spaß. Nehmen wir dazu, das wären Ordnungsrufe, wenn wir dasselbe sagen, aber ich zitiere diesen Polizisten, der hinkommt. Der Mann hat selber den Notruf angerufen und wollte, dass die Polizei ihm hilft. Das endet damit, der Polizist kommt vorbei, nennt ihn „kleines Oarschloch, unnediges, schleich di, depperte Sau“ und so weiter, und so fort, dann: „Was ist das, wieso wehrst du dich, schwere Körperverletzung, das ist versuchter Widerstand, du gehst ein Jahr in Häf'n“, und so weiter, und so fort. Das ist alles aktenkundig. Und wer es gerne im Original hören möchte, geht einfach auf „news.at“ und kann sich das anhören, was dieser Mensch gesagt hat. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir tun das!) Also da gibt es keine lange Streiterei. Laut Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenats hat dieser Polizist dem polnisch sprechenden Opfer auch noch gesagt: „Depperte Polak, pass auf.“

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Bitte

schön langsam zum Schluss kommen.

Abg David **Ellensohn** (fortsetzend): So, der kriegt 15 Monate bedingt, fliegt aus der Polizei hinaus. Gut, wenn die Polizei so vorgeht. Da geht (Aufregung bei der FPÖ.) es um die Sicherheit, wie man mit der Polizei umgeht. Wisst ihr, warum die nervös sind, warum sind die nervös? Weil für diesen Polizisten gibt es natürlich ... (Große Aufregung bei der FPÖ und Abg Ing Mag Bernhard Dworak.)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Abg Ellensohn, bitte die Redezeit ist beendet.

Abg David **Ellensohn** (fortsetzend): Ich komm' ja nicht zum Reden, weil ich hör' ja nur die, die hereinschreien. (Weitere große Aufregung bei der FPÖ.) Eine Minute, ich komm ja nicht einmal zum Fertigreden. Sie möchten nur den Schlusssatz nicht hören. Wenn ... (Abg Mag Wolfgang Jung: Vorsitzführung! Vorsitzführung! – Abg Mag Dietbert Kowarik: Vorsitzführung! – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Kommen Sie zum Schluss! Ich fühle mich sicher! Es reicht! Es reicht! Es reicht!) Der Herr Gudenus hat jetzt das Stichwort gegeben: Er fühlt sich sicher, weil er diesen Polizisten im FPÖ-Klub angestellt hat, der ist dort zuständig ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich fühle mich sehr sicher! Bei Ihnen nicht! Bei Ihrer Rede nicht! – Abg Mag Wolfgang Jung: Na, was ist jetzt? Vorsitzführung! Vorsitzführung!) Zuständigkeitsbereich Sicherheit, und das macht natürlich Probleme.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Abg Ellensohn, die Zeit ist mehr als ausgereizt. Ich bitte Sie, den Schlusssatz zu formulieren. (Abg Mag Wolfgang Jung: Na, wenn er nicht zur Sache redet!)

Abg David **Ellensohn** (fortsetzend): Deswegen scheint es uns wichtig, über die (Aufregung bei der FPÖ.) Reputation der Polizei zu reden. Eine Organisation, die durchgebläut ist, hat Schwierigkeiten. Mehr Migranten, Migrantinnen in die Polizei, mehr Frauen in die Polizei. Die Polizei muss auch die Bevölkerung besser widerspiegeln (Große Aufregung bei der FPÖ.). Danke schön. (Beifall bei den GRÜNEN.) Vielen Dank für die Unterbrechung. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Hooligan-Ecke! – Abg Mag Dietbert Kowarik: Das ist Willkür, sonst nichts! – Weitere große Aufregung bei der FPÖ.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Genau diese Situationen sind jener Fakt, der in der Bevölkerung, die uns vielleicht zuschaut, auch dazu führt, dass Politik allgemein als das benannt wird, wie wir das immer hören.

Nächster Redner ist Herr Abg Stürzenbecher und ich bitte ihn zum Wort. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Haben Sie Kärnten vergessen? Kärnten! Kärnten!)

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wien ist eine der sichersten Städte der Welt oder wahrscheinlich die sicherste Millionenstadt. Wien hat die höchste Lebensqualität. Wir sind eine weltoffene Stadt. Wir haben politische Stabilität. Deshalb schmerzt es natürlich ganz besonders, wenn in einem Einzelfall wie

letzten Freitag durch kriminelle Elemente des Schwarzen Blocks diese positive Darstellung Wiens gestört wird. Natürlich verurteilen wir alle diese Gewalttaten auf das Schärfste. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Da aber der Präsident zu Recht sehr auf unsere Zuständigkeit als Landesgesetzgeber schaut, gehe ich natürlich auch auf das ein, was zum Landes-Sicherheitsgesetz gesagt wurde, und hier insbesondere auf das, was Herr Klubobmann Gudenus zur Bettelei gesagt hat.

Wir haben mit dem Betteleiparagrafen wirklich ein sehr ausgewogenes Instrumentarium geschaffen. Wir haben praktisch alle Parameter, die notwendig sind, unter Strafe gestellt: Aufdringliches, aggressives, gewerbmäßiges, organisiertes Betteln, und natürlich mit Kindern. Und Sie wissen, dass der Verfassungsgerichtshof ein anderes Landesgesetz, das ein komplettes Bettelverbot beinhaltete, aufgehoben hat. In der vorigen Fragestunde haben Sie kritisiert, dass wegen eines komplett unwichtigen kleinen Details der Verfassungsgerichtshof das Landesverwaltungsgerichtsgesetz aufgehoben hat, und hier *(Aufregung bei Abg Mag Dietbert Kowarik.)* sollen wir vorsätzlich in eine Verfassungswidrigkeit hineingehen! Das lehnen wir entschieden ab. *(Große Aufregung bei der FPÖ. - Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Dietbert Kowarik: Das gibt es ja nicht! Das gibt es nicht!)*

Eines möchte ich schon auch noch sagen. Ich hoffe, ich habe es falsch verstanden, denn dann würde ich Sie ersuchen, dass Sie das hier klarstellen. Aber so wie ich es gehört habe, haben Sie pauschal Sinti und Roma hier beschuldigt, dass sie quasi pauschal Straftaten begehen und hinter diesen kriminellen Handlungen, wie Ausbeutung von Kindern, sind. Diese Pauschalisierung müssen wir auf das Schärfste zurückweisen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Und wenn Sie pauschalisieren oder die GRÜNEN? - Beifall bei der SPÖ. - Aufregung bei der FPÖ.)*

Jede Pauschalisierung ist zurückzuweisen. Aber Sie können auch sagen, Sie haben es nicht so gemeint. Das würde ich sehr schätzen. Das einmal zum Wiener Landes-Sicherheitsgesetz, das natürlich, und das stimmt, nicht das einzige Instrumentarium der Sicherheitspolitik in Wien sein kann. Deshalb haben wir ja auch gestern diese Resolution gefasst, wo wir die Innenministerin auffordern, ein gesamtes Sicherheitskonzept zu schaffen. Das brauchen wir notwendig, dass wir diese 1 000 zusätzlichen Polizisten bekommen und die Schließungen, sofern sie überhaupt erfolgen, nur in den wenigsten Fällen erfolgen und nur dort, wo sie wirklich mehr Sicherheit bringen. Aber solange es kein Sicherheitskonzept gibt, soll es überhaupt keine Schließungen geben. Das ist auch *(Beifall bei der SPÖ.)* vom Bürgermeister eindeutig so gesagt worden.

Ich glaube, es ist natürlich eine ständige Aufgabe in einer Metropole, in einem so riesigen Ballungszentrum, für Sicherheit zu sorgen. Da wird man immer nur teilweise erfolgreich sein. Eine Millionenstadt ohne jede Straftat ist unmöglich. Wir haben weniger Straftaten als alle vergleichbaren Millionenstädte, aber wir müssen trotzdem noch besser werden, und da strengen wir uns an.

Dazu gehört natürlich, dass wir prophylaktisch hergehen und diese 1 000 Polizisten immer wieder fordern. Auch wenn man lange die Wahrheit schreit, wird die Stimme heiser, und wir werden weiterhin politischen Druck machen, dass es endlich dazu kommt. So werden wir hoffentlich künftig solche Ereignisse hintanhaltend, wie sie am letzten Freitag waren. Dazu gehört die Verurteilung aller Gewalttaten, weil Peter Pelinka im „News“ ja auch richtig schreibt: „Der Schwarze Block hilft den blauen Burschis. Im Wesentlichen ist die Arbeit des Schwarzen Blocks dazu da. Diese sind die nützlichen Idioten der FPÖ. Jede Eskalation nützt ihnen und alles Friedliche nützt eher den Kräften der Vernunft.“ *(Heiterkeit bei den Abgen Mag Wolfgang Jung und Mag Dietbert Kowarik.)* Insofern ist es natürlich so, dass wir künftig umso mehr diese Chaoten bekämpfen. Man muss auch bei Demonstrationen wahrscheinlich anders vorbereitet sein. Die friedlichen Demonstranten werden künftig bessere Ordnerdienste einführen müssen, besser mit der Polizei kooperieren und verhindern, dass sich Straftäter in ihre Reihen einmengen. Das ist möglich und das muss künftig unbedingt so sein. *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)*

Es muss natürlich weiterhin möglich sein, gegen Veranstaltungen, die man ideologisch ablehnt, friedlich zu demonstrieren. *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* Aber die Demonstrationen, und da gebe ich Christoph Chorherr, der nicht da ist, recht, sollten natürlich nicht so verbissen sein und so in einem doch eher altmodischen Sinn, sondern vielleicht mehr kreativ, ironisch. Da hat der Christoph Chorherr durchaus recht. Und im „Falter“ ist ja diesmal auch eine sehr gute Berichterstattung *(Abg Mag Wolfgang Jung: Erstaunlich!)*, wo genau auf diese Zielsetzung hingegangen wird: Friedliche Demonstrationen: Ja, Gewalttaten auf jeden Fall: Nein. Die Straftaten, die begangen worden sind, sollen rasch aufgeklärt und die Täter bestraft werden. Und es soll natürlich evaluiert werden, ob die Polizeiführung überall richtig gehandelt hat. Das ist ja auch geschehen. Aber ein Polizisten-Bashing, dass man hier alle 2 000 Polizisten schlecht macht, das lassen wir nicht zu. Die leisten wichtige Arbeit für unsere Grundrechte und für die Bürgerinnen und Bürger. *(Aufregung bei Abg Mag Dietbert Kowarik. - Beifall bei der SPÖ und von Abg Mag Rüdiger Maresch.)*

Wir werden uns weiterhin für eine weiter verbesserte Sicherheit in unserer Heimatstadt einsetzen und werden darin erfolgreich sein. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und von Abg Mag Rüdiger Maresch.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. Ich bitte darum.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Vorsitzwechsel macht jetzt meine Wortmeldung nicht ganz überflüssig. Ich wollte mich nicht zur Geschäftsordnung melden, aber ich möchte hier schon anmerken, dass es nicht sein kann, dass der Kollege Ulm, der sich mit dem Wiener Sicherheitsproblem beschäftigt hat, unterbrochen wird und sehr wohl auch immer wieder Bezug auf das Landes-Sicherheitsgesetz

genommen hat, aber sofort mit dem Hinweis unterbrochen wird, dass er nicht extemporieren soll. Der Kollege Ellensohn hat sich nicht einmal Mühe gegeben, etwas über das Landes-Sicherheitsgesetz zu sagen, sondern hat nur über Einzelfälle aus der Vergangenheit gesprochen, die die Bundespolizei betreffen, und ist nicht unterbrochen worden. Das ist keine objektive Vorsitzführung! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Es ist ja fast putzig, wenn sich die GRÜNEN nach diesen Ereignissen Sorgen um die Reputation der Polizei machen. Meine Damen und Herren, es ist nicht mein Problem und man könnte sich jetzt irgendwo zurücklehnen und zuschauen, wie Sie den Bach hinunterschwimmen. Aber bevor Sie sich über die Reputation der Polizei Sorgen machen, machen Sie sich um Ihre eigene Reputation Sorgen! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn hier auch gesagt wurde, man soll nicht vorsätzlich in eine Verfassungswidrigkeit gehen, wenn es um eine Verschärfung des Bettelverbots geht, dann erinnere ich an die heutige Fragestunde, wo wir nachgewiesen und dargelegt haben, dass Sie mit Ihrer Mehrheit vorsätzlich ein Gesetz beschlossen haben, wo alle namhaften Experten im Vorfeld in der Begutachtung gesagt haben, dass das nicht halten wird.

Jetzt zum Sicherheitsproblem. Es ist heute auch schon gesagt worden, dass Sicherheit selbstverständlich eine umfassende staatliche Aufgabe ist, die man nicht nur bei einer Gebietskörperschaft ablegen kann. Sicherheit hat Facetten der Kriminalitätsbekämpfung. Das ist Aufgabe des Bundes. Es gibt aber auch andere Facetten, für die Länder und Gemeinden zuständig sind. Daher handelt es sich bei der Sicherheit um eine Querschnittsmaterie, wo jede Gebietskörperschaft auch ihre Aufgaben zu tragen hat. Wir sind hier der Wiener Landtag, wir sind der Wiener Landesgesetzgeber und wir stehen selbstverständlich auch vor Zeiten, wo im Bereich der Sicherheit, wenn schon nicht gespart, so doch die vorhandenen Mittel effizienter eingesetzt werden müssen. Wir haben eine Situation, dass wir ein Landes-Sicherheitsgesetz und andere landesgesetzliche Regelungen haben, die nicht von Landes- oder Gemeindeorganen vollzogen werden, sondern der Bundespolizei zur Vollziehung überwiesen worden sind. Das sollte man gerade in Zeiten wie diesen sehr wohl hinterfragen. Wir beschließen Gesetze, wir sind doppelter Finanzausgleichspartner, wir haben alle möglichen Organtruppen, wir haben alle möglichen Watcher, und so weiter. Ist es heute noch gerechtfertigt, gut ausgebildete, teuer ausgebildete Polizisten, die für die Kriminalitätsbekämpfung da sein sollen, mit der Vollziehung von Landesgesetzen zu beschäftigen? Da meine ich, da müsste einmal tabula rasa, ein Zero Budgeting gemacht werden: Wo ist das gerechtfertigt, wo brauche ich bewaffnete Organe, um das zu machen und wo ist es nicht notwendig? Da könnte Wien auch im Sinne eines umfassenden Sicherheitsgesetzes dem Bund ein Angebot machen oder umgekehrt, wenn ich auf Bundesebene dafür verantwortlich wäre, würde ich das einmal auf Bundesebene hinterfragen: Warum müssen wir eure Gesetze vollziehen? Das wäre auch der Beitrag, den das Land und die Gemeinde

Wien leisten könnten. Einfach zu sagen, bei uns wird nichts zugesperret, und so weiter, und wir kämpfen und so - das ist wahrscheinlich zu wenig. Fragen wir uns: Warum müssen unsere Polizisten so viele Landes- und Gemeindevorschriften vollziehen? Ist das notwendig? Ist das gerechtfertigt? Wo kann man hier die Polizei auch entlasten? Im Bereich der Parkraumüberwachung ist das ja schon passiert (Beifall bei der FPÖ und von StR Mag Manfred Juraczka.), und das gibt es vielleicht auch in anderen Bereichen.

Insofern hat Sicherheit auf Landesebene auch sehr viel mit Sauberkeit zu tun. Was tun wir in Wien, um das Graffiti-Unwesen, ein Graffiti ist eine Kunstform, aber diese Schmierereien hintanzuhalten? Wie schaut es teilweise auch in den U-Bahnen aus? Was herrschen da für Zustände? Wieso kommen die Wiener Linien dazu, dass sie da ständig Reinigungsdienste durchschicken müssen? Wo werden hier die Reinhaltvorschriften vollzogen? Also das wären auch lauter Aufgaben, die uns zustehen würden. Sauberkeit, Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, das sind alles verwandte Materien. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Neuhuber. Ich erteile es.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Aigner vom Beginn seiner Rede eigentlich nur anschließen. Ich bin auch etwas befremdet über die Geschäftsordnungslegung des Ersten Präsidenten Kopietz heute. Es ist für uns gerade im Landtag, meine Damen und Herren, im Sinne des freien Mandats eine wahnsinnig schwierige, dünne Linie, auf der wir uns bewegen. Was ist da noch erlaubt oder nicht? Ich meine, alle, die schon länger in dem Haus sind: Sind wir doch ehrlich und verstecken wir uns nicht nur hinter der Geschäftsordnung.

Ich habe mir die Liste dessen, was in den letzten Jahren an Aktuellen Stunden im Landtag so zugelassen wurde, ausgedruckt. Wir wissen alle, dass es eine Art Common Sense in diesem Haus gab und gibt, dass man bei der Aktuellen Stunden etwas breitgefächerter diskutieren kann, als es sonst bei der Geschäftsordnung üblich ist. Wir haben ja gestern im Klub schon ein Schreiben bekommen, was heute zugelassen wird oder nicht. Ich meine, sind wir uns ehrlich, unter Wiener Landes-Sicherheitsgesetz kann man viel diskutieren und der Kollege Ulm hat das völlig richtig subsumiert. Wenn ich nur darüber sprechen darf, dass Polizisten angespuckt werden, aber nicht darüber sprechen darf, dass Polizisten mit Steinen oder mit Fahnen attackiert werden, meine Damen und Herren, dann ist das wirklich eine sehr, sehr schwierige Auslegung, die der Erste Präsident heute getroffen hat! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.) Er hat sie getroffen, diese Auslegung, weil er den Kollegen Ulm unterbrochen hat! Der Herr Ellensohn konnte heute über Polizei, angebliche Polizeibrutalität, oder was weiß ich, schwadronieren, was er wollte. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Gerichtliche Verurteilungen! Gerichtliche Verurteilungen!) Ich weiß es nicht, ich sage einmal vorsichtshalber „angeblich“ dazu. Meine Damen und Herren,

das ist eine dünne Linie. Da bin ich heute wirklich wahn-sinnig enttäuscht vom Ersten Präsidenten. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Super! Super!)*

Ich wollte heute reden, ich sage Ihnen nur, worüber ich reden wollte, weil ich mir ja jetzt jeden Satz überlegen muss: Bin ich jetzt auf der Seite und darf ich noch nach dem Wiener Landes-Sicherheitsgesetz oder bin ich schon auf der Seite und darf ich nicht mehr, weil es eigentlich nicht mehr unter die Kompetenz des Landtages fällt. Ich wollte heute einerseits über Ballgäste reden, die offensichtlich dem rechtsextremen Lager zugehören, und auf der anderen Seite über Ausschreitungen bei Demonstrationen. Ich wollte darauf hinweisen, wie schwierig es eben ist, zwischen linker und rechter Gewalt zu unterscheiden. Das ist ein Thema, mit dem wir uns wirklich einmal auseinandersetzen sollten. Ich habe nämlich den Eindruck, auch gestern schon in der Diskussion, je nachdem, über was wir gerade reden, ist ein Lager jeweils auf dem anderen Auge blind, meine Damen und Herren. Das ist nämlich das Grundproblem. Es gibt in Österreich seit vielen Jahren einen Grundkonsens, der in unserem Staat auf der einen Seite heißt: „Nie mehr wieder!“ Das wurde gestern einige Male auch vom Herrn Vorsitzenden erwähnt. Dieses „Nie mehr wieder!“ ist auf der einen Seite ein ganz wichtiger Konsens, glaube ich, in unserer Gesellschaft, aber auf der anderen Seite auch „Keine Gewalt!“ Es muss Demonstrieren auch gewaltfrei möglich sein, meine Damen und Herren! Und ich glaube, da wäre es vielleicht interessant, wenn wir in Zukunft in solchen Diskussionen wirklich den Lackmустest machen würden, indem jeder einmal, wenn wir über solche Ausschreitungen reden, von sich aus sagt, wie er es mit der Gewalt hält, weil es da schon einige Aussagen von verschiedenen Funktionären der GRÜNEN gab, und da war ich nicht so überrascht.

Aber ich war auch, liebe Freunde und Freundinnen von der SPÖ, von Aussagen von SPÖ-FunktionärInnen überrascht, die da sagen, Gewalt ist im gewissen Umfang durchaus erlaubt. *(Abg Christian Deutsch: Wer hat das gesagt? – Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Wer sagt das?)* Das kann ich euch zeigen, da gibt's ja auch Twitter-Aussagen, das werde ich dir dann gleich bringen. Also ich glaube, da müssen wir den Lackmустest machen, wo jeder Einzelne sagt, bitte wie halte ich es mit der Gewalt.

Das Zweite ist, der Herr Präsident sitzt jetzt nicht mehr oben und ich sehe ihn auch nicht mehr im Raum: Überlegen wir uns für die Zukunft gut, was in solchen Diskussionen zugelassen ist. Wir tun der Demokratie, wir tun der Politik keinen guten Dienst, wenn wir die Geschäftsordnung derartig eng auslegen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich bitte darum.

Abg Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Sicherheit hat sehr viele Aspekte und es ist schon bedrückend, das einmal vorweg, dass jedes Mal oder immer wieder, wenn es um Sicherheitsdebatten geht, der schwarz-blaue Block das immer wieder dazu benützt

(Heiterkeit bei der FPÖ.), um gegen die Ärmsten der Armen vorzugehen, Arme zu drangsalieren versucht, statt sich einmal die Frage zu stellen: Wie kann man denen helfen? Konkret ist es so, dass es absolut abzulehnen ist, absolut zurückzuweisen ist, dass in unserer Stadt Arme bekämpft werden statt die Armut. Das lehnt Rot-Grün ab. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sagen Sie das dem Koalitionspartner! Sie haben die Zuschüsse gestrichen! Sie waren dabei!)* Es ist unfassbar, wie Sie hier über Bettler und Bettlerinnen reden. Dahinter steckt das Thema Armut. Es ist unfassbar, wie Herr Klubobmann Gudenus hier über Roma und Sinti redet, eine Minderheit, die europaweit verfolgt wird. *(Aufregung bei Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Es ist unfassbar eine Form von Gewalt und es ist strikt abzulehnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wenn wir keine Zustände haben wollen, und davon gehe ich aus, dass es nicht so wie *(Abg Mag Wolfgang Jung: 20 Prozent!)* über die Grenzen hinweg mit der Jobbik-Partei wieder zu Judenverhetzung kommt, zu Roma-Verfolgung, dann haben wir hier einen Auftrag, und der lautet, den Antifaschismus sehr ernst zu nehmen und zwar in all seinen Facetten, in all seinen Entwicklungen. Wenn wir über Sicherheit sprechen, dann haben wir es ernst zu nehmen, dass auch die Prävention eine entscheidende Rolle spielt. Insofern haben wir von Rot-Grün nicht erst seit Freitag, sondern bereits im Koalitionsabkommen festgelegt, dass es ein Dialogforum zu Sicherheit und Menschenrechte geben muss, weil es hier um demokratiepolitische Fragen geht. Das, was auch am Freitag passiert ist, ist, dass Holocaust-Überlebende am Heldenplatz nicht sprechen haben dürfen, aber sehr wohl Rechtsextreme ihre Vernetzung im Zuge eines Balls durchführen konnten *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ihre Vernetzung! Die Roten-, die Grünen- und die Linken-Vernetzung!)* Das ist einer Demokratie nicht würdig. Das hat der Stadt Wien massiv geschadet. Das haben wir gestern auch ganz klar festgehalten. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Vernetzte Bürgerrechte! – Abg Mag Wolfgang Jung: Festgehalten ist das heute im „Kurier“!)* Noch einmal: Wenn wir über Sicherheit reden, reden wir auch über soziale Sicherheit. Dann reden wir davon, dass das, was die Menschen von uns erwarten, soziale Sicherheit ist. Dass das, was die Menschen von uns erwarten, ist, dass sie die Wohnung zahlen und leben können. Dass das, was die Menschen erwarten, ist, dass sie sich im Notfall verlassen können, wenn es drauf ankommt. Das ist eine klare rot-grüne Politik.

Noch einmal in aller Deutlichkeit: Wenn wir über Sicherheit reden, dann reden wir über soziale Sicherheit. Wenn wir über Sicherheit reden, dann reden wir über Demokratie, dann reden wir über Prävention, und dann reden wir darüber, dass wir jede Entwicklung Richtung Faschismus *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Distanzieren Sie sich! Distanzieren Sie sich! – Abg Mag Wolfgang Jung: Sie sind Demokratiesprecherin!)* hier in unserer Stadt strikt ablehnen. *(Beifall bei den GRÜNEN. – Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* Ich unterstütze selbstverständlich das Anliegen auch unseres Justizsprechers, dass wir eine unabhängige Expertengruppe

einsetzen und alle Vorkommnisse um den WKR-Ball, Akademikerball, überprüfen lassen. Hier wurden etliche Grund- und Menschenrechte ausgehebelt. (*Aufregung bei den Abgen Armin Blind und Mag Wolfgang Jung.*) Das muss es uns wert sein.

Und noch eines. Ich bin sehr froh, dass der Herr Abg Jung nach mir spricht. Wir reden von Sicherheit, Verantwortung, Gewalt und Sprache. Das mit der Täter-Opfer-Umkehr, dass die Nazis von heute die Juden von gestern sind, ist untragbar. (*Aufregung bei Abg Ing Udo Guggenbichler. - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Untragbar! Seien Sie froh, dass Sie nach mir reden! Wir lehnen jede Form von Gewalt ab, vor allem (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das sehen wir auch!*) wenn es vom schwarzblauen Block kommt. Vielen Dank. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Unglaublich! Unglaublich! - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Aufregung bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Jung.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender!

Es genügt, statt zu reden, nur auf die Vorgänge einzugehen. Frau Kollegin, ich habe das, was Sie gesagt haben, nicht gesagt. Sie wissen genau, was ich gestern gesagt habe. Die Demonstranten, bei denen Ihre Funktionäre mitgelaufen sind, haben, wenn man ein Wort Ihrer Parolen ändert, genau diese Sprüche verwendet. Das ist die Wahrheit und die Wahrheit darf man sagen, auch wenn Sie da drüben sitzen und auch wenn dieser Präsident mit dem seltsamen Vorsitzverständnis manchmal da oben sitzt, meine Damen und Herren! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Sie wissen genau, welchen ich meine. Der dieses Papier verfasst hat, das der Demokratie in diesem Haus ins Gesicht schlägt. Das Schlimme ist nur, dass die ÖVP das anscheinend auch noch nicht kapiert hat, wenn ich mir den Herrn Neuhuber anhöre, der hier wiederum die Leute pauschal verurteilt, ohne Namen und ohne Belege zu nennen. Denken Sie an Ihren Bürgermeister im Waldviertel und viele andere, die ich aufzählen könnte! Seien Sie ganz ruhig! Sie haben noch immer nicht begriffen, wem Sie in die Hände arbeiten! Sie sind nach der heutigen Umfrage jetzt bei 20 Prozent, (*Aufregung bei Abg Mag Alexander Neuhuber.*) Sie werden bald auf 18 Prozent sein. Die SPÖ ist eh schon auf 23. Das ist das Faktum! Aber das ist Ihr Problem, wenn Sie an die NEOS verlieren, wenn Sie so weiter machen. Ich komme auf diese Seite zurück. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Kollege Ellensohn hat sich vorhin da erregt, dass angeblich ein Polizist zu einer verhafteten Person „Oarschlöcher“ gesagt hat. Ja, was Ihre Funktionäre dort gerufen haben, den Demonstranten, den Polizisten gegenüber gerufen haben, das waren ganz andere Sachen! Die haben hingepinkelt, die haben hingeschlagen, haben sie verletzt! Sie sind noch immer nicht in der Lage, sich wirklich davon zu distanzieren! Und Ihre Grüne Jugend! Für die nächste Woche wird in Linz auch von der Sozialistischen Jugend wiederum zu einer Demo aufgerufen. Der Vorredner von der SPÖ redet von Gewaltfreiheit. Wissen Sie, unter welchem Motto diese Demo läuft? „Schlagt die Burschenschafter.“ Da sind wieder Ihre

Jugendorganisationen dabei. Das ist doch alles Heuchelei, was von Ihnen hier betrieben wird (*Beifall bei der FPÖ.*), Heuchelei im höchsten Ausmaß!

Wenn nach dem Ball noch Lokale nach Burschenschaftern durchsucht wurden - Sicherheit in Wien - und es gibt seit Neuestem im Internet eine Liste von Lokalen in Wien und in Österreich, in denen Burschenschafter verkehren, um diese Lokale zu beschädigen, zu demolieren und die Leute anzugreifen - Frau Kollegin Hebein, erinnern Sie diese Methoden an etwas oder bin ich jetzt wieder der Böse, wenn ich darauf hinweise? Das sind Methoden, die aus Ihrem Lager unterstützt werden! Die werden wir nicht hinnehmen und die Österreicher nehmen sie nicht hin! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schauen Sie sich die Zeitungen an! Selbst solche, die nicht unsere Freunde sind, der heutige „Kurier“: „Unseren Hass, den könnt ihr haben.“ Ja, Sie können sich Ihren Hass behalten! Die „Krone“ schreibt es ganz genau, dass sich die Wiener Bevölkerung den Mob - das sagt die Wiener Bevölkerung, da schauen Sie sich tausende Mails im Internet an - nicht mehr gefallen lassen wird. Sie haben hier einmal übertrieben und zwar gewaltig übertrieben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn der Kollege Stürzenbecher vorhin eine seltsame Rede mit einem eigenartigen Demokratieverständnis gebracht hat: Wir werden uns die genau anschauen, Herr Kollege. Über die wird noch zu reden sein, so wie über Ihre, na, Rede kann man es nicht ganz nennen, Herr Kollege.

Präsident Johann **Herzog** (*unterbrechend*): Herr Kollege Jung, ich darf Sie bitten, zum Thema Landes-Sicherheitsgesetz das Wort zu ergreifen.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Ich komme dazu, ich habe es außerdem schon erwähnt. Erstens bin ich noch auf meine Vorredner eingegangen, zweitens ist ein Teil der Sicherheit des Landes auch die Mitbestimmung des Bürgermeisters beim Polizeipräsidenten. Das ist in der Bundesverfassung verankert. Jetzt wird von Ihrer Seite, zum Beispiel auch von der SJ, die auch zu einer Demo gegen die Polizei in Wien mit aufruft, gefordert, dass der Polizeichef zurücktreten soll.

Interessant. Die Begründung ist besonders interessant: Angeblich war er in seiner Jugend einmal einige Wochen oder Monate, ich weiß nicht, was es ist, Mitglied einer schlagenden Studentenverbindung. Mensur hat er keine gefochten, da ist ihm die Sache vielleicht zu heiß geworden. Wenn das aber ein Grund ist - Sie stellen ja die Frage: Hat er gefochten oder nicht? -, Polizeichef in Wien werden zu dürfen, dann frage ich mich, wie darf einer mit fünf oder sechs Mensuren Bürgermeister in Wien werden? Das frage ich Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ. Wie schauen wir denn da aus? Dieser Herr hat nicht nur Mensuren gefochten, der war sogar nach seiner Matura noch Ideologiereferent der niederösterreichischen Korperationen, wie er auf die Uni gegangen ist. Dann hat er plötzlich einen Schwenk gemacht und ist nach Moskau mit dem Bodenküsser gefahren, gemeinsam mit dem Pilz und den linksradikalen Anarchos. Ja, Bürgermeister kann man mit vier, fünf Mensuren sein. Fragen Sie ihn einmal, wie das funktio-

niert, wie sich das ausgeht? Er hat dann halt wahrscheinlich rechtzeitig seine Meinung gewechselt. Manche Leute wechseln die Meinungen wie andere die Unterhosen. *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei Abg Gerhard Kubik. – Abg Mag Rüdiger Maresch: Es gibt keinen Ordnungsruf? Warum gibt es keinen Ordnungsruf? – Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Duzdar.

Abg Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Ich bin jetzt bei dem Thema der Aktuellen Stunde die Letztrednerin nach dieser hitzigen Debatte und bin sehr darauf bedacht, dass die Emotionen etwas runtergeschraubt werden und ich ersuche eben darum. Immerhin sind wir hier in einem Wiener Parlament und Debatten sollten sachlich über die Bühne gehen. Ich bin auch sehr stark darauf bedacht, mich an das Thema der heutigen Aktuellen Stunde und auch an die Vorgaben der Geschäftsordnung zu halten.

Wie Sie wissen, regelt das Landes-Sicherheitsgesetz örtliche polizeiliche Agenden und die Geschehnisse der letzten Woche haben wenig mit diesen Landesgesetzen zu tun. Es ist ja schon gesagt worden, da geht es mehr um Lärmerregung, Anstandsverletzungen *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja genau!)*. Wovon Sie sprechen, ist eine Materie, die mehr das Sicherheitspolizeigesetz angeht. Das ist ein Bundesgesetz in Gesetzgebung und Vollziehung. Daher ersuche ich, dass wir auch bei der Sache bleiben.

Aber ich möchte schon auch nur einen einzigen Punkt sagen: Ich glaube, dass es hier niemand notwendig hat, sich Gewaltverherrlichung unterstellen zu lassen. Mir ist es als Sozialdemokratin ein Anliegen, hier ganz klar zu sagen, dass wir Gewalt auf das Schärfste ablehnen und es darüber keine Zweifel gibt, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit ist und wir es nicht notwendig haben, dass das in Frage gestellt wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Abg Mag Dietbert Kowarik: Leider schon! Leider schon! - Abg DDr Eduard Schock: Mit dem Herrn Strobl sollten Sie ein Gespräch führen. Der ist anderer Meinung!)*

Im Mittelpunkt der heutigen Debatte, und ich hatte eben eine leise Vorahnung, dass das kommen wird, stand das Thema Bettelerei. Ich möchte schon auch dazu sagen, dass, seitdem ich dem Gemeinderat angehöre, mir bei den Reden der Freiheitlichen oder auch des Herrn Gudenus eines aufgefallen ist, dass de facto, und ich bitte darum, das einmal nachzuprüfen, in jeder seiner Reden das Wort Asyl mindestens drei Mal und auch Bettelerei vorkommen. Das Interessante daran ist, dass das Thema Asyl systematisch mit Missbrauch in Zusammenhang gestellt wird. Ja, das geben Sie ja Gott sei Dank zu *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, das stimmt ja auch! Es stimmt!)*, und das Thema Bettelerei auch *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Deswegen sage ich es ja auch! Deswegen sage ich es ja auch!)*. Lassen Sie mich jetzt einmal ausreden! *(Abg Mag Jo-*

hann Gudenus, MAIS: Sie können ja ausreden!) Danke. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie weiter! Reden Sie weiter!)* Dass das Thema Bettelerei auch immer in Zusammenhang mit Kriminalität steht ... *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Weil das auch stimmt. Sie wollen es nicht wahrhaben!)*. Ich möchte Ihnen hier jetzt einmal eines ganz deutlich sagen: Was Sie hier machen, ist, Sie verurteilen Menschengruppen pauschal, Sie kriminalisieren Menschen, und dagegen wehren wir uns zutiefst und weisen das auf das Schärfste zurück! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie versuchen in Ihrer Sprachdiktation, Sprache zu verändern und ein Bewusstsein zu schaffen, nämlich ein Bewusstsein in einem negativen Sinn zu ändern. Sie versuchen, von Bettlern ein Menschenbild von einem Menschen zu zeichnen, der gewaltbereit ist, der kriminell ist *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ständiges Wiederholen sichert den Lehrinhalt!)*. Sie versuchen, ein Bild von Menschen, die nach Österreich flüchten, zu zeichnen, dass sie per se kriminell sind, und das, es tut mir leid, wenn ich Ihnen das so sagen muss *(Aufregung bei Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.)*, ist einfach menschenverachtend! Es ist einfach so *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*, Pauschalverurteilungen sind einfach Menschenverachtungen. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Was machen denn Sie? Und was machen denn Sie die ganze Zeit? Kehren Sie vor der eigenen Tür! – Abg Mag Wolfgang Jung: Und was ist mit den Funktionären?)*

Wenn Sie ein allgemeines Verbot der Bettelerei fordern *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben nicht zugehört! Sie haben nicht zugehört!)*, so möchte ich Ihnen auch noch einmal sagen, dass dies verfassungswidrig ist *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben nicht zugehört! Haben Sie nicht!)* und einfach mit den Grundwerten unserer Rechtsordnung nicht vereinbar ist. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Beispiel Graz! Sie haben nicht zugehört!)* Natürlich gibt es ... *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Zuhören! Lesen Sie es einmal durch! - Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Haben Sie geschlafen? Haben Sie geschlafen?)* Haben Sie sich ... Sie brauchen mich nicht zu beleidigen, Sie brauchen mich nicht zu beleidigen *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Weil Sie geschlafen haben!)*. Ich habe Ihnen zugehört und Sie hören mir jetzt auch zu.

Präsident Johann **Herzog** (*unterbrechend*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie bitte die Rednerin ihre Rede führen und unterbrechen Sie nicht dauernd! Herr Kollege Gudenus! Herr Kollege Gudenus!

Abg Mag Muna **Duzdar** (*fortsetzend*): Ich habe heute bewusst nichts zu den Geschehnissen der letzten Woche gesagt und habe mich zurückgehalten *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Es ist unglaublich, so was!)*. Ich habe mich bewusst zurückgehalten, obwohl ich eigentlich dezidiert eine Meinung dazu hätte. Aber im Sinne einer emotionslosen oder emotionsfreien Debatte habe ich das unterlassen und deshalb ersuche ich Sie, sich bitte ein bisschen zurückzuhalten. *(Aufregung bei Abg Mag Dietbert Kowarik.)*

Ich komme zum Ende. Von Sicherheitschaos kann daher keine Rede sein. *(Heiterkeit bei Abg Mag Wolf-*

gang Jung.) Es gibt natürlich Sicherheitsprobleme. Daher haben wir auch das große Interesse daran, dass es ausreichend Polizisten und Polizistinnen gibt. In diesem Sinne werden wir auch weiterhin arbeiten und dafür sorgen, dass wir weiterhin eine der sichersten Städte der Welt bleiben. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Hoher Landtag! Eine durchaus stürmische, würde ich sagen, Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass je eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen und des ÖVP -Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Landtagsabgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen zwei Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden diese Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Abgen Wagner, Mörk, Deutsch, Klicka, Mag Ramskogler und Dr Kickert haben am 20. Dezember 2013 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend die Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987, Wiener KAG eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Gesundheit und Soziales zugewiesen.

Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, Wiener KAG, geändert wird. Berichterstatterin hierzu ist Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke sehr, Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich zunächst einmal ganz besonders herzlich bedanken, dass diese Sitzung heute stattfindet, nämlich wegen dieses Aktes, und möchte erklären, warum das notwendig ist. Notwendig ist es deshalb, weil der Finanzausgleich um ein Jahr verlängert wurde und das Finanzausgleichsgesetz die Grundlage für das Krankenanstaltengesetz ist. Würden wir das heute nicht beschließen, hätten wir also heute keine Sitzung, dann hätten wir hier keine Rechtsgrundlage für die Einhebung der entsprechenden Gebühren.

Ich ersuche um Zustimmung. Es ist eine sehr technische, aber eine wichtige Frage.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Stadtrat. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmel-

dung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen. Daher bitte ich jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls einstimmig in zweiter Lesung so beschlossen.

Ich danke der Frau Stadtrat.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg Petr Baxant, BA wegen des Deliktes der üblen Nachrede nach § 111 Abs 1 und 2 StGB. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Abg Kathrin Gaal, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg Kathrin **Gaal**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie der Herr Präsident bereits ausgeführt hat, liegt uns eine Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vor bezüglich der weiteren Verfolgung des Herrn Abg Baxant. Das Immunitätskollegium hat bereits getagt und hat einstimmig beschlossen, die Zustimmung dazu nicht zu erteilen, und ich bitte auch Sie, unserer Empfehlung zu folgen. – Danke schön.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss um 11.02 Uhr.)